

3. Freiwilliges Engagement als politische Partizipation

»Gründe für eine *freiwillige* Tätigkeit gibt es wie Sand am Meer. Was auch immer Sie bewegt, sich *ehrenamtlich* zu engagieren: In unserer *Engagement*-Datenbank haben wir das passende Angebot für Sie parat und beraten Sie individuell und persönlich.« (Freiwilligen-Agentur Leipzig 2021; eigene Hervorhebung)

Ähnlich wie in diesem Zitat auf der Internetseite der Freiwilligen-Agentur Leipzig wurden im Forschungszeitraum die Begrifflichkeiten *freiwilliges*, *unbezahltes*, *zivilgesellschaftliches Engagement*, oder *Ehrenamt* häufig parallel oder abwechselnd benutzt. Ich beobachtete unterschiedliche Auffassungen und Anwendungen der Begriffe für das Engagement in der Geflüchtetenhilfe. Während es Situationen gab, in denen den genauen Definitionen nicht viel Bedeutung zugemessen zu werden schien und sie »synonym« (Klöckner 2016: 33) benutzt wurden, distanzierten sich andere Freiwillige deutlich von einzelnen Begriffen.

Dieses Kapitel beschäftigt sich damit, wie die existierenden Begrifflichkeiten für das sich wandelnde Engagement im Kontext des wachsenden Akteur*innenfeldes der Geflüchtetenhilfe im Forschungszeitraum verwendet wurden. Im Folgenden vergleiche ich einschlägige Definitionen von *Ehrenamt* und *politischer Partizipation* mit dem von mir beobachteten spontanen, kurzfristigen und heterogenen Engagementformen innerhalb der Geflüchtetenhilfe. Meine These ist, dass weder der klassische Begriff des *Ehrenamts* noch eng gefasste Definitionen *politischer Partizipation* passend für das tatsächliche Engagement im Forschungszeitraum sind. Dadurch wird eine begriffliche Lücke deutlich sichtbar. Als solche macht sie im vorliegenden Fall darauf aufmerksam, dass für eine Vielzahl von Erfahrungen und Handlungen im Bereich des freiwilligen Engagements ein Begriff fehlt, der sie sowohl in der Alltagswahrnehmung der Akteur*innen, als auch in der medialen Öffentlichkeit und vor allem auch in der Assemblage situieren kann. Diese begriffliche Unbestimmtheit spiegelt die unklare Positionierung des freiwilligen Engagements in der politischen Struktur wider und macht es damit ungreifbar in politischen Feldern und Diskursen, teils sogar unsichtbar. Gerade *weil* die Freiwilligen durch ihr Handeln politische Felder ausweiteten, wurden Diskurse über das »Verhältnis

der sozialen und politischen Seite« (Speth und Becker 2016: 38) zivilgesellschaftlicher Aktionsformen sowohl im Feld als auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung erneut sichtbar. Aus anthropologischer Sicht ist die Frage interessant, wer in welchen sozialen Prozessen welche Grenzziehungen zwischen ›politischen‹ und ›apolitischen‹ Handlungen definiert oder in Frage stellt. Hier wird das Verhältnis gouvernementaler und souveräner Strukturen und Handlungen verhandelt. Ich deute die Kategorisierung des Engagements als ›politische‹ oder ›apolitische‹ Handlungen als einen Legitimierungsprozess über Zugehörigkeiten zu politischen Feldern. In dieser Interpretation werden sie zu einem sichtbaren Teil von Öffnungs- und Abschottungsprozessen in der Assemblage.

Solchen Kategorisierungen stelle ich die Heterogenität des Engagements anhand meines empirischen Materials gegenüber. Die von mir beobachteten Formen des Engagements können durch ihre Prozessualität und Vielschichtigkeit keinen fixen Zuschreibungen gerecht werden. Zuletzt argumentiere ich, die Erkenntnisse über erweiterte politische Felder (vgl. Kapitel 2) aufgreifend, dass ein erweiterter Begriff politischer Partizipation diesen unterschiedlichen Handlungsformen einen Platz im Bereich *des Politischen* geben kann. Der Fokus auf *das Politische* inkludiert widersprüchliche und ambivalente Handlungen (vgl. Rolshoven 2018: 23f.) als konstituierende Elemente der Assemblage.

3.1 Probleme der Definition und Erhebung von Engagement

In diesem ersten Abschnitt gebe ich einen Überblick über Begriffe und Definitionen, mit denen Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Zivilgesellschaft üblicherweise beschrieben werden. Ich zeige die Grenzen dieser Begriffe in Bezug auf mein heterogenes und ambivalentes Forschungsfeld auf. Zunächst gehe ich auf den Begriff des Ehrenamts ein, der zwar in großer Übereinstimmung meiner Kontaktpersonen wie auch in der Wissenschaft als überholt oder unpassend gilt, gleichzeitig aber, wie ich zeigen werde, immer noch relevant in der Beschreibung von freiwilligem Engagement ist.¹ Dieser Widerspruch zeigt eine für meine Forschungsfrage bedeutsame Spannung unterschiedlicher Auffassungen und Handlungspotenziale von Engagement. Als zweites gehe ich auf den Begriff der politischen Partizipation ein, welcher im Kontext des freiwilligen Engagements für Geflüchtete nicht verwendet wird. Auch hier sehe ich eine Spannung zwischen klassischen Begriffsbestimmungen und neuen Interpretationsmöglichkeiten.

1 Zum Beispiel wurde im Juni 2020 die »Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt« gegründet (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2020).

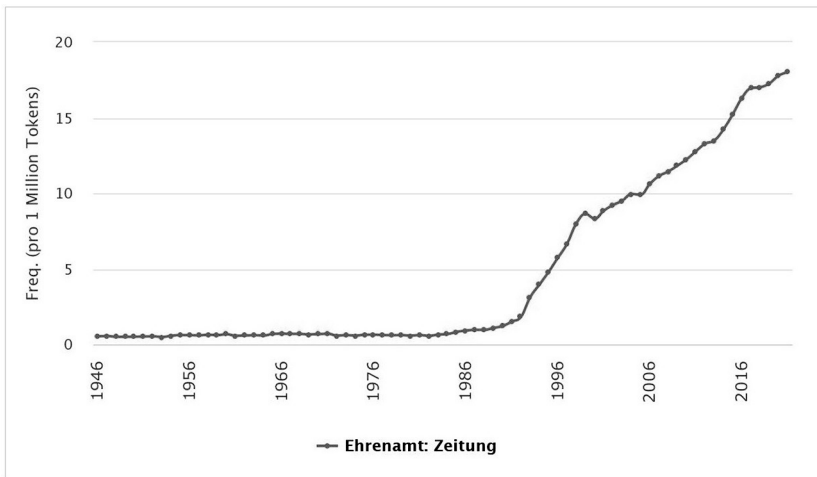
3.1.1 Ehrenamt

Der Begriff des Ehrenamtes bezeichnet laut Duden ein »[ehrenvolles] (besonders öffentliches) Amt, das überwiegend unentgeltlich ausgeübt wird« (Dudenredaktion o.J.). Als im 19. Jahrhundert zunehmend Bürger unentgeltlich Ämter übernahmen bzw. übernehmen mussten, diente das Konzept des Ehrenamtes einerseits der ideellen Aufwertung von unbezahlter Amtsausübung. »Prestige und Status« (Birnkraut 2003: 20) ersetzten dabei die monetäre Vergütung von Tätigkeiten für das Gemeinwesen. Andererseits, so Klöckner (2016: 33) sollte die Formalität eines Ehrenamtes eine gewisse Planbarkeit und Institutionalisierung der Hilfe erwirken: »Vor allem kirchliche Einrichtungen und Gruppierungen der Arbeiterbewegungen sorgten für eine Institutionalisierung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit, was durch eine organisierte und geplante Hilfe erreicht wurde.« (ebd.: 33) Eine gewisse Formalität haftet dem Begriff des Ehrenamtes aufgrund dieser Biografie an, im Sinne einer verbindlichen Ausübung eines formalisierten *Amtes*, einer klar definierten Aufgabe und der gedanklichen Verknüpfung dieser Leistung mit einem Zugewinn an *Ehre*. Wie der Soziologe Serhat Karakayali erörtert, rekurren diese Begriffe auf eine selbstlose, dauerhaft verpflichtende und unentgeltliche Tätigkeit, die dem Gemeinwohl dient (vgl. Karakayali 2018: 5; vgl. auch Birnkraut 2003: 19). Doch schon hier klingt an, dass auch diese Ehrenämter nicht altruistisch ausgeübt wurden, denn die gesellschaftliche Anerkennung wird auch in diesen Definitionen als ein sozialer (statt monetärer) Zugewinn angesehen. Doch der Eigennutz hinter dieser gemeinwohlorientierten Arbeit wird in den Forschungen zu Ehrenamt erst später diskutiert.

Die Veränderungen wurden als »Strukturwandel des Ehrenamtes« beschrieben (Alscher et al. 2009: 8). Bereits vor den Entwicklungen des Engagements 2015 stellten verschiedene sozialwissenschaftliche Forschungen fest, dass weder die altruistische Gemeinwohl-Orientierung noch die Verbindlichkeit formaler Amtsausübung die neue Bandbreite tatsächlicher freiwilliger Tätigkeiten erfassen können (vgl. ebd.: 6f.). Doch auch nach dem Auftauchen von Engagementformen außerhalb eines konkreten Amtes oder auch außerhalb von Vereinstätigkeiten blieb der Ehrenamts-Begriff bestehen. Eine wachsende Anzahl von Freiwilligen engagierte sich in eher informellen und Biografie-bezogenen Kontexten. Die »These vom Strukturwandel des Engagements« besagt, dass Engagement in kleineren und informelleren Organisationsformen stattfindet und damit schwerer dokumentierbar ist (ebd.: 8). Dies kann im Zusammenhang mit den u.a. von Ulrich Beck (1986) beschriebenen Individualisierungsprozessen oder auch mit ökonomischen Aspekten des Engagements (vgl. Kapitel 6) gebracht werden. In diesem Kapitel möchte ich mich auf ersteres konzentrieren und an Becks These der »Entgrenzung der Politik« (Beck 1986: 324) anknüpfen, die das zunehmende Verschwimmen der Grenzen von »politischen« und »apolitischen« Sphären beschreibt.

Man könnte nun meinen, dass der Begriff des Ehrenamtes aufgrund dieser Entwicklungen heute weniger benutzt würde. Blick man auf die Schlagwortsuche im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, ist jedoch das Gegenteil der Fall (vgl. Abb. 6). Der Begriff wird nach 1990 zunehmend geläufiger:

Abbildung 6: Schlagwortsuche »Ehrenamt« im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache.



Quelle: Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Basis: DWDS-Zeitungskorpus (DWDS 2021a).

Interessant ist auch die Schlagwortsuche im Deutschen Textkorpus, der das deutsche Textarchiv bis ins 17. Jahrhundert nach dem Begriff Ehrenamt durchsucht. Darin wird deutlich, dass dieser vor allem zwischen 1830 und 1900 zunehmend genutzt wurde, um dann aber zwischen 1900 und 1950 rapide auf das Niveau von vor 1830 zu sinken (vgl. DWDS 2021b), wo er bis etwa 1990 verbleibt (vgl. Abb. 6). Hier wird deutlich, dass die Veränderungen auf politischer Ebene zeitgleich und eng damit verwoben, auch das Konzept des sich einmischenden Bürgers entstehen ließen.² Analog dazu lässt sich vermuten, dass die politischen Veränderungen um

2 Gestaltete sich das deutsche Gebiet zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch als eine Vielzahl von geistlichen und weltlichen Fürstentümern, so steht das 19. Jahrhundert für einen Wandel der Monarchien Europas hin zu konstitutionellen Monarchien (vgl. Osterhammel 2012: 19). Dies bedeutete das Ende der Ständegesellschaft und den Beginn der Differenzierung der modernen Gesellschaft. Insbesondere in den Städten beeinflussten fortan zunehmend »ökonomische Faktoren wie Stellung im Produktionsprozess, Besitz und Einkommen« die soziale Stellung (Klößner 2016: 43, vgl. auch Ritter 1996: 68; Rose 1964: 5f.). Die bisherigen sozialen

und nach 1990 auch die Bedeutung des Ehrenamts-Begriffs steigen ließen. Um die Jahre 2015/2016 lässt sich noch mal ein steilerer Anstieg erkennen, der eine Verbindung von Geflüchtetenhilfe und dem Begriff Ehrenamt vermuten lässt.

In Leipzig wird seit 2015 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der jährlichen Bürgerumfrage³ statistisch erfasst, freiwillige Hilfe im Feld der Geflüchtetenhilfe wird dabei jedoch nicht gesondert erfragt. 2015 wurde zwar nach dem Bereich gefragt, in dem man sich engagiert, jedoch taucht »Flüchtlingshilfe« (als damals gängiger Begriff) o.ä. nicht darin auf.⁴ Die Fragebögen der Jahre 2015-2018 definieren ehrenamtliche Arbeit nicht, sondern fragen recht unspezifisch:

Tabelle 2: Umfrageergebnisse zur Frage »Arbeiten Sie in irgendeiner Weise ehrenamtlich?« (Bürgerumfragen 2015-2018)

Antwort	2015	2016	2017	2018
»ja«	19 %	16 %	18 %	21 %
»nein, ich hätte aber Interesse«	24 %	28 %	28 %	25 %
»nein, habe auch kein Interesse«	57 %	56 %	54 %	54 %

Quelle: Bürgerumfragen 2015- 2018 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2016a: 97; 2017: 71-73; 2018: 118; 2019: 78).

Die Zahlen schwanken leicht, es lässt sich aber keine deutliche Tendenz erkennen. Da für den Zeitraum vor 2015 keine Vergleichsdaten vorliegen, ist unklar, inwieweit diese Befragung den Anstieg des Engagements 2015 hätte darstellen können. Es lässt sich jedoch kein Nachlassen des Engagements nach 2015 erkennen, was einer häufig formulierten Wahrnehmung im Feld widerspricht. Angesichts der Betonung der Relevanz des Einsatzes von Freiwilligen von Seiten der Stadtverwaltung ist es jedoch erstaunlich, dass diese Handlungen nicht genauer erfragt wur-

Netze wie Familie, Dorfgemeinschaft, Zünfte, Gilden, Klöster, Gutswirtschaften, auch Arbeitgeber passten sich den neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten im Zeitalter der Industrialisierung an (vgl. Klöckner 1996: 42). Die zunehmende Organisation und Bildung in Vereinen und in Gewerkschaften macht, dass »sich der traditionell-altruistische Motivationshintergrund mit sozialpolitischen, professionellen und wissenschaftlichen Motivationen« anreichert (Brand 2010: 162). »Helfen erweitert sich zum Engagement; es entstehen so etwas wie Vorformen der Engagementpolitik« (ebd.: 162).

- 3 Die Fragebögen werden in der Regel gen Ende des genannten Jahres verschickt und bis zum Frühjahr des Folgejahres zurückgesandt. Es handelt sich um eine »Stichprobenerhebung« (Stadt Leipzig 2020h): »In der Regel erhalten zwischen 1 und 5 Prozent der Bevölkerung einen Fragebogen. Befragt werden volljährige Leipzigerinnen und Leipziger zwischen 18 und 85 Jahren. Entsprechend stehen die Ergebnisse repräsentativ für diese Gruppe« (ebd.).
- 4 Als passendster Begriff erscheint mir unter den angegebenen Kategorien »Soziales« zu sein. Ich denke aber, dass eine genauere Abfrage auch ein Interesse der genaueren Erfassung widerspiegeln würde.

den und damit recht unsichtbar in den Bürgerumfragen sind. Weder 2015 noch 2016 wird die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in der Geflüchtetenhilfe thematisiert oder in der Analyse der Statistiken erwähnt, obwohl die Bürgerumfragen in einem Teil ihrer Fragestellungen in der Regel anlassbezogen variieren, wenn besondere Ereignisse in der Stadt stattfinden.⁵ Erst im überarbeiteten Integrationskonzept der Stadt Leipzig (2020a) wird die Rolle der Freiwilligen für die Leipziger Asylpolitik ausdrücklich hervorgehoben (vgl. Kapitel 6.1.1).

Ein Blick auf die Internetseite der Stadt Leipzig vermittelt recht unmittelbar einen klassischen Eindruck von Ehrenamt. Unter der Rubrik »Förderung und Anerkennung des Ehrenamts« (Stadt Leipzig 2017a) findet man ein Foto von Leipzigs amtierendem Oberbürgermeister Burkhard Jung, umgeben von gerade geehrten Ehrenamtlichen. Das Ehrenamt wird für das »Gemeinwesen« der Stadt als »elementar« beschrieben. Die »lange Tradition«, die es in der Stadt hat, wird betont. Regelmäßig werden die Freiwilligen der Stadt geehrt. Öffentliche Empfänge des Bürgermeisters zum Zwecke der Ehrung von Freiwilligen finden seit 1995 jährlich statt (Stadt Leipzig 2020f). Im Forschungszeitraum wurde ein solcher Empfang zu einem Kristallisationspunkt, an dem bestehende paradoxe Entwicklungen und Auffassungen von und über Engagement sichtbar wurden. Vor dem »Festliche[n] Empfang für ehrenamtlich Tätige« am 21. März 2016 wurde dieses Würdigungsritual, bei dem dieses Mal zahlreiche Freiwillige der Geflüchtetenhilfe eingeladen waren, unter den adressierten Freiwilligen ambivalent diskutiert. Mehrere meiner Interviewpartner*innen wollten nicht an diesem Empfang teilnehmen. Sie wollten keinen Blumenstrauß, sondern »echte« Anerkennung in Form von struktureller Unterstützung und politischer Augenhöhe. Ich deute dies so, dass die in dem Würdigungsritual transportierte Auffassung von Engagement (im Sinne von »Ehrenamt«) ein Verständnis von politischen Handlungen und politischen Räumen transportiert, das die Heterogenität des Engagements nicht fassen kann, sodass einige Freiwillige, die diesen Platz für sich beanspruchen, sich ausgeschlossen fühlen. Der Begriff Ehrenamt mit seinen »apolitischen« Konnotationen verschleiern die politische Bedeutung freiwilliger Handlungen im Kontext von Geflüchtetenhilfe. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass es auch Freiwillige im Forschungszeitraum gab, die sich von Würdigungsritualen angemessen geehrt und anerkannt fühlten, weil sie mit ihrem Engagement keine Forderung nach politischer Mitsprache verbanden. Heinz Brand zum Beispiel berichtete mir von seinen Auszeichnungen für sein Engagement und bezeichnete diese als »gerechtfertigt« (vgl. Interview Heinz Brand

5 Zum Beispiel Hochwasserschutz im Nachgang an das Hochwasser 2013 in der Bürgerumfrage 2014 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2015a: 66f.), der Stellenwert des Leipziger Lichtfestes zum Gedenken an den 9. Oktober 1989 in der Bürgerumfrage 2016 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2017: 89ff.) oder die Fußball-EM 2024 in der Bürgerumfrage 2017 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 126f.).

11.12.15; Kapitel 3.2.1). In dieser unterschiedlichen Betrachtungsweise von Würdigungsritualen durch die Stadt wird die Heterogenität des Engagements sichtbar. Ob dies als Würdigung wahrgenommen wurde oder nicht, gibt auch Aufschluss darüber, wie das eigene Handeln im politischen Feld eingebettet wird.

Die Anthropologin Julia Paley hat in Chile über paradoxe Verwendungen und Rezeptionen des Begriffs der Partizipation (vgl. Kapitel 1.4.2) geforscht. Sie stellte fest, dass ihre Informant*innen den Begriff »participation« positiv bewerteten, wenn der Begriff in der Praxis in einer für sie nachvollziehbaren Beziehung zu als positiv bewerteten Bedingungen ihrer eigenen aktiven Handlungspotenziale stand (Paley 2001: 9). Wo »participation« aber benutzt wurde, um gouvernementale Ideen der Steuerung umzusetzen und dadurch Handlungspotenziale einschränkte, bekam er eine andere Bedeutung: »Seen as a governing strategy, it became something that community groups sought to resist.« (ebd.: 9) Daraus lässt sich auf die Rezeption der Würdigungsrituale übertragen, dass die Positionierung gegenüber solchen ambivalent interpretierbaren Begriffen zusammenhängt mit den Forderungen, die die Menschen mit bestimmten Begriffen verknüpfen. Die Bezeichnung »Ehrenamt« und die damit verbundenen Würdigungsrituale kamen nur für manche in Frage, die sich auch mit dem Inhalt, der transportiert wurde, identifizieren konnten. Andere empfanden einen Widerstand. Für sie symbolisierte diese Ehrung nicht ihre Rolle gegenüber der Gesellschaft und der Stadt. Vielmehr erschien ihnen die damit verbundene Positionierung als unpassend, weswegen sie nicht daran teilnehmen wollten. Auch dies lässt sich mit Tendenzen fassen, die schon Ulrich Beck skizzierte: Engagement, verstanden als Möglichkeit ins Handeln zu kommen und »politisch subjektfähig« (1986: 65) zu werden, hat eine gewisse Skepsis inne, die vor Objektivierung und Oktroyierung warnt und die sich in einer »Politik der Gegeninterpretation« (ebd.: 69) äußert. Diese findet aber, so zeige ich auf, nicht zwangsweise in klassisch politischen eingegrenzten Feldern statt (vgl. Kapitel 1.4.1; vgl. Abélès 2006: 493). In diesem Spannungsverhältnis von Abgrenzung und Teilhabe, von Gemeinwesen und staatlichen Strukturen, bewegen sich die Aktivitäten und Organisationen des Engagements der Geflüchtetenhilfe.

3.1.2 Politische Partizipation

Im Forschungszeitraum wurde für das Engagement in der Geflüchtetenhilfe kaum auf den Begriff der politischen Partizipation rekurriert. Meine These ist, dass – analog zum Strukturwandel des Ehrenamtes – auch ein Strukturwandel der politischen Partizipation stattgefunden hat und dieser die Verwendung des Begriffes für die heterogenen und spontanen Engagementformen verunmöglicht. Dabei wird erstens der Qualität der Motive des Handelns, zweitens ihren Organisationsformen eine zu große definitorische Bedeutung beigemessen. Somit werden Ausschlüsse produziert, die nicht mit der Praxis kongruent sind. Als erstes möchte ich

daher darstellen, wie Motivzentriertheit und die Formalitätszentriertheit die Inklusion neuerer Partizipationsformen in den Diskurs um politische Partizipation verhindern. Auf die neueren Partizipationsformen und deren Erforschung gehe ich im Anschluss ein. Abschließend zeige ich auf, warum die Verwendung des Begriffs dennoch sinnvoll sein könnte.

Die im deutschen Sprachraum häufig genutzte Definition politischer Partizipation des Politikwissenschaftlers Max Kaase zielt auf die Motivation des Handelns ab. Kaase definiert politische Partizipation so, dass freiwillige Handlungen, das »Ziel [haben], Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen« (Kaase 2000: 473). Er selbst führt an, dass nicht klar ist, ob zum Beispiel alle Beteiligten einer Demonstration aus Gründen der politischen Partizipation, oder vielleicht auch aus anderen Gründen vor Ort sind. Damit spricht er die in der Praxis häufig unklaren bzw. heterogenen Motivlagen an. Obwohl er die Problematik thematisiert, dass komplexe Handlungen häufig schwer auf *ein* Motiv oder Motivbündel zurückzuführen sind, bleibt er bei einer motiv-gebundenen Definition von politischer Partizipation.

Gerade in meinem Forschungsfeld wird deutlich, dass die Heterogenität der individuellen Anknüpfungspunkte zwischen Engagement und Assemblage solche motiv-orientierten Definitionsversuche erschwert. Der Abschnitt 3.2 dieses Kapitels wird dieser These durch die Analyse empirischer Befunde nachgehen. Ich mache deutlich, dass Engagement im Forschungsraum sehr prozesshaft, ambivalent und suchend beschrieben werden kann oder, um es mit den Worten von DeLanda zu sagen, als »space of possibilities« (ebd.: 29).

Neben der Motivzentriertheit besteht ein zweites definitorisches »Problem« in den sich verändernden Organisationsformen. In den Sozialwissenschaften diese neuen politischen Partizipationsformen ausgiebig erforscht und beschrieben.⁶ Seit den 1970er Jahren wird eine Differenzierung der Organisationsformen konstatiert (vgl. Alscher et al. 2009: 9). Nanz und Fritsche stellen dar, dass sich Menschen zunehmend »themenbezogener und zeitlich begrenzter, weniger an politische Parteien gebunden und direkter auf persönliche Interessen« (Nanz und Fritsche 2012: 10) engagieren. Becks These von der Individualisierung der Menschen in der Moderne spiegelt sich auch in diesen Effekten wider (vgl. Beck 1986), wobei zu prüfen sein wird, inwieweit dies auf die Gesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

6 In anthropologischen Forschungen wird Partizipation häufig in Bezug auf Widerstandsbewegungen gegenüber gouvernementalen Strukturen oder Policies (z.B. Leifsen 2018; Marko 2019; in Bezug auf Umwelt: Landström 2020) oder indigene bzw. Minderheiten-Rechte (z.B. Doyle 2019; Eichler 2019) erforscht. Außerdem gibt es viele Ethnografien dazu in der Schnittstelle von Migration und Partizipation mit dem Fokus auf Partizipation von Migrant*innen (z.B. Kapiati 2019; Monforte 2019; Vermeulen 2019).

übertragen werden kann (vgl. Kapitel 3.2.4).⁷ Informellere Partizipationsmöglichkeiten als beispielsweise eine Partei- oder Vereinsmitgliedschaft passen besser zu diesen veränderten Ausprägungen von Freiwilligkeit. Dies mündete in dem heutigen, informelle Partizipationsformen inkludierenden Verständnis (vgl. de Nève und Olteanu 2013; vgl. Wimmer et al. 2018). So wie politische Räume sich ausdehnen, erweitern sich auch die Formen *des Politischen*, also des Handelns. Anthropologische Forschungen wie im Sammelband »(Mis)understanding Political Participation« (Wimmer et al. 2018) gehen über diese etablierten Feststellungen hinaus und untersuchen die »issues, platforms, actions, locations and motivations of politically active citizens today« (ebd.: 1), vor allem im Kontext gesteigerter Vernetzungswerkzeuge in der virtuellen Welt. Engagement und Partizipation lassen sich vor dem Hintergrund der vielfältigen Handlungsmöglichkeiten nicht exakt voneinander abgrenzen und – so meine These – daher auch nicht exakt der ›politischen‹ oder ›apolitischen‹ Sphäre zuordnen (vgl. ebd.: 2).

Trotz dieser Entwicklungen und Erkenntnisse bleiben in der Praxis zahlreiche Versuche, politische Partizipation zu definieren auf formale Partizipationsmöglichkeiten begrenzt, beispielsweise in offiziellen Erhebungen (vgl. Bürgerumfrage der Stadt Leipzig 2017). Engagement und Partizipation werden weiterhin als voneinander getrennt betrachtet, wie ich im Folgenden beispielhaft anhand der Erfassung von Partizipation in Leipzig darstelle (Abb. 7). In der Bürgerumfrage 2017 der Stadt Leipzig wurde erstmals nach »politischen Aktivitäten« der Leipziger Bevölkerung gefragt. »Politische Partizipation hat viele Facetten« heißt es in der Einleitung zum entsprechenden Fragekomplex (Bürgerumfrage 2017: 134). Dennoch verbleiben die angebotenen Partizipationsformen in einem formellen Rahmen und mit explizit politischem Bezug:

Das von mir untersuchte freiwillige Engagement zum Beispiel in Form von der Sortierung von Sachspenden, Deutschunterricht, Begleitung bei Behördengängen, Patenschaften, Hilfe bei der Wohnungssuche, Freizeitangebote oder Kinder- und Hausaufgabenbetreuung passen nicht in diese Liste der aufgezählten formellen Partizipationsmöglichkeiten. Auswahlpunkt f) trifft es wahrscheinlich noch am ehesten, aber wenn Freiwillige ihrem Engagement nicht selbst explizit etwas vordergründig Politisches zuschreiben, dann machen sie vermutlich an dieser Stelle kein Kreuz.

Freiwilliges Engagement für Geflüchtete wird demnach weder im Rahmen der Abfrage nach »Ehrenamt« noch in der nach den politischen Aktivitäten gesondert mitgedacht oder zusammengedacht. Damit wird sowohl eine alte unpassende Definition von Ehrenamt tradiert als auch die immer noch an formale Partizipationsformen zugeschnittene Definition politischer Partizipation reproduziert. Das freiwillige Engagement für Geflüchtete hat es trotz seiner politischen Relevanz in der

7 Vgl. kritisch dazu Scheller (2002; 2005).

Abbildung 7: Auszug aus dem Fragekatalog der Bürgerumfrage 2017.

Die sächsische Staatsregierung hat in einer Befragung unter anderem die Möglichkeiten der politischen Teilhabe sowie die Bürgermeinungen zu Gruppen – beispielsweise zu Ausländern und Muslimen – untersucht. Diese Studie ist unter dem Namen „Sachsen-Monitor“ veröffentlicht. Die Fragen 46 und 47 sind dieser Studie entnommen, um Vergleichswerte für die Stadt Leipzig zu ermitteln und daraus Erkenntnisse für die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders in Leipzig abzuleiten.				
46. Geben Sie bitte zunächst an, welche Dinge Sie schon getan haben, welche Sie tun würden und welche Sie nicht tun würden.				
	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht
a) An einer Unterschriftensammlung teilnehmen	☐	☐	☐	☐
b) An einem Volksentscheid oder einem Bürgerentscheid teilnehmen	☐	☐	☐	☐
c) An einer Wahl zu einem Parlament teilnehmen	☐	☐	☐	☐
d) An einer Demonstration teilnehmen	☐	☐	☐	☐
e) Sich an einen Politiker wenden	☐	☐	☐	☐
f) In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten	☐	☐	☐	☐
g) Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen	☐	☐	☐	☐
h) In einer politischen Partei mitarbeiten	☐	☐	☐	☐
i) Sich für ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in Leipzig, bewerben	☐	☐	☐	☐
j) Eine Demonstration blockieren	☐	☐	☐	☐
k) Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist	☐	☐	☐	☐

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 162.

Praxis noch nicht geschafft, als politische Partizipationsform anerkannt zu werden. Auf diese Weise bleibt das Engagement für Geflüchtete bei der Suche nach *dem Politischen* in unserer Gesellschaft ein blinder Fleck. Hier wird deutlich, dass diese begriffliche Lücke in einem diskursiven Zusammenhang mit der statistischen Lücke steht. Die Benennung von Aspekten ist auch für deren Erfassung notwendig. Ihre Erfassung ist relevant für Würdigung, Anerkennung und politische Integration ihrer Arbeit.

Im Kontext dieser Beobachtungen möchte ich einen Blick auf gesellschaftliche Diskurse zu politischer Kultur und Partizipation als entgegenläufige Trends von »Politikverdrossenheit« und dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr politischer Mitgestaltung⁸ werfen. Es ist verwunderlich, dass die zugrundeliegenden Begriffe keine konzeptionelle Erweiterung erfahren, welche eine Sichtbarwerdung des Engagements ermöglichen würde, obwohl dieses Paradox in der Wissenschaft immer wieder empirisch belegt wurde (vgl. Paley 2001; vgl. Wimmer et al. 2018). Meine These ist, dass die Definitionen unterschiedlicher Engagementformen im Kontext einer Dichotomisierung in »politische« vs. »apolitische« Prozesse und Kategorien verhandelt werden. Das heißt, dass die Befunde über »Entpolitisierung« oder »Politisierung« der Bevölkerung mehr über die einbezogenen empirischen Daten und

8 Im Sinne von »politisch subjektfähig« werden (Beck 1986: 65).

ihre Kategorien aussagen als über den tatsächlichen Ist-Zustand. Solange in binärer Denkweise unterteilt wird in ›politische‹ und ›apolitische‹ Handlungen, werden alte Vorstellungen über politische Felder als »Mikrokosmos« (Bourdieu 2001: 41) reproduziert, ohne dass Öffnungsprozesse in politischen Feldern und dem entsprechenden Engagement darin sichtbar werden. Würde man freiwilliges Engagement als politische Partizipation anerkennen und dadurch außerhalb dichotomer Kategorien verorten, würde diese Argumentationsstruktur schnell zusammenbrechen.

3.1.3 Anknüpfungspunkte statt Motive

In der Erforschung des Engagements möchte ich mich daher nicht auf die Motive, sondern auf die Anknüpfungspunkte des Engagements konzentrieren. Aus den oben geschilderten Definitionsunklarheiten schlussfolgere ich, dass die Handlungen nicht zwangsweise auf eine ›politische‹ oder ›apolitische‹ Motivation hindeuten. Dieses wird im Folgenden empirisch unterlegt werden. Ich zeige auf, dass es stattdessen die individuellen Anknüpfungspunkte zwischen einer Person, ihrem Engagement und der Assemblage sind, die die jeweiligen Ressourcen, Visionen und Handlungsmuster in die konkrete Situation mitbringen und sie so verändern.

Die Vielfalt der Engagementformen im Forschungszeitraum ist Ausdruck der besonderen Situation, aus der heraus sie entstanden sind. Der besondere Moment im August 2015, der durch die hohe Anzahl von Notunterbringungen ausgelöst worden ist, beförderte eine neue Notwendigkeit des Handelns. Auf der Ebene der Alltäglichkeit, des Gefühls und der Begegnung in der Stadt waren Menschen mit einer neuen und unbekannten Situation, in der sie nicht gleich verstanden, was sie damit anfangen sollen und was genau dies für ihr Handeln bedeuten sollte. Meine Forschungsreise nach Lesbos verdeutlichte mir, dass es einen Unterschied macht, ohne eigenes Zutun in seinem Zuhause involviert zu werden, oder extra an einen Ort zu reisen, um sich dort freiwillig zu engagieren. Diese Unmittelbarkeit muss mitgedacht werden, wenn man darüber sprechen möchte, warum und wie sich jemand engagiert. Die Möglichkeiten, die die Menschen fanden, um mit diesen neuen Situationen umzugehen waren sehr unterschiedlich und wirkten manchmal skurril und ungelenk. Die plötzliche Involviertheit der Menschen führte dazu, dass Menschen unterschiedliche Lösungswege suchten und fanden, sowie dass sie auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen konnten. Definitionen des Engagements müssen diese Dynamik, Vergänglichkeit und Fluktuation der Formen des Engagements in der Praxis konzeptuell zulassen. Dabei sollten sowohl die Auslöser, oder Anknüpfungspunkte, des Handelns als auch die Selbstdefinitionen des Engagements nicht mit den *Motiven* des Engagements verwechselt werden.

Pfundmair et al. (2017) haben in ihrer sozialpsychologischen Studie herausgefunden, dass Menschen aktiv geworden sind, wenn sie intrinsische Überzeugungen hatten, etwas an der Situation verändern zu wollen und die Situation durch

ihr Handeln auch für veränderbar hielten. Entsprechend ihrer Möglichkeiten und Netzwerke agierten dann die Freiwilligen. Ove Sutter (2017: 13ff.) schildert sehr eindrücklich, wie eine Willkommensinitiative an einem Bahnhof den Einsatz von Seifenblasen für sich als eine Möglichkeit entdeckt hat, geflüchteten Kindern ein Lächeln abzugewinnen, wie diese Strategie sich verfestigte. Schlussendlich wurde die Seifenblase innerhalb der Gruppe zu einem Symbol dafür, dass sie etwas Konkretes bewegen kann. Zunehmend wurden auch politische Forderungen auf Basis dieser Erfahrungen gestellt. Die Fokussierung dieser Gruppe auf die Seifenblasen als Handlungsanker und Symbol mag zunächst skurril erscheinen. Gleichzeitig ist für mich aufgrund meiner Beobachtungen in Leipzig nachvollziehbar, wie in dieser Zeit, in der Freiwillige ohne Anleitung aktiv wurden, auch solche kleinen Erfolgserlebnisse als Erfahrung bedeutend wurden. Sie wurden zu den Antworten, die Freiwillige für sich selbst und für sich als Gruppe finden konnten. Die Kommunikationsschwierigkeiten mit Geflüchteten wurden mithilfe dieser Strategie nicht überwunden, es wurde jedoch auf kreative Art und Weise ein Hilfsmittel genutzt, mit dem sich Offenheit und Freude verbreiten lassen und so zumindest diese Grundhaltung nonverbal kommuniziert werden kann. Dies verdeutlicht die Relevanz von haptischen, *materiellen* (DeLanda 2006; 2016) Erscheinungsformen des Engagements. So wie die Seifenblasen, so sind auch die gebackenen Kuchen oder der Besuch in einer Unterkunft zum Spielen mit den Kindern, auf dieser materiellen Ebene Teile eines Engagements, das die Kategorisierungen von ›fremd‹ und ›einheimisch‹ überwinden will. Die materielle Ebene betone ich hier, weil im Folgenden deutlich wird, dass diese Handlungen wirkmächtig sind, egal ob sie eine ›politische‹ oder ›apolitische‹ Kodierung erfahren. Innerhalb einer Notsituation stellen diese Strategien konkrete Hilfestellungen bzw. Handlungsoptionen dar, die praktikabler als formelle politische Partizipationsformen erscheinen. Rudolf Speth und Elke Becker machen deutlich, dass solche »konkreten Hilfen« (auf materieller Ebene) in der Regel auch eines (auf der expressiven Ebene) als »Nebenprodukt« mitkommunizieren: »Die Präsenz im politischen Raum und Verhinderung von fremdenfeindlicher Stimmung und fremdenfeindlichen Aktionen.« (Speth und Becker 2016: 37f.)

»Dies betrifft das seit langem diskutierte Verhältnis der sozialen und politischen Seite der Bürgergesellschaft. Im konkreten Fall der Hilfe für Geflüchtete zeigt sich, wie politisch die soziale Seite der Bürgergesellschaft ist und welche wichtige Funktion die Hilfe über die konkrete Unterstützung hinaus mit Kleidung, Behörden-gängen, Deutschkursen und Hilfen bei alltäglichen Dingen hat.« (ebd.: 38)

Diese hier vermittelte Offenheit gegenüber den verschiedenen Qualitäten der Handlungen auf materieller und expressiver Ebene ist analytisch bedeutsam, um die Heterogenität des Engagements selbst, sowie die heterogene Wirkweise des Engagements innerhalb der Assemblage zu verstehen. Dadurch können souveräne

Gegenentwürfe zu wirkmächtigen gouvernementalen Strukturen und Handlungen auch dann als solche verstanden werden, wenn sie sich nicht explizit in ein Verhältnis zu diesen Strukturen sehen (vgl. Abélès 2006: 493). Diese Perspektive konstruiert *das Politische* als Alltagspraxis außerhalb eng gefasster Begriffe politischer Handlungen, wie es so explizit nicht innerhalb Shore und Wrights Policy-Analyse gefasst ist.

3.2 Heterogenität des Engagements im Feld

Im Folgenden stelle ich die unterschiedlichen Formen des Engagements, die ich im Feld beobachtete, aus der Perspektive der Freiwilligen dar: Was bedeutet das Engagement für sie, in ihrem Leben? Was betrachten sie als das, was sie mit ihrem Engagement ausrichten können? Welche Bedeutung haben die Netzwerke und die Gruppenkonstellationen der jeweiligen Engagierten und der Gruppen?

3.2.1 Engagement gegen rechts und für Geflüchtete

Im Forschungszeitraum entstanden Willkommens- oder andere Unterstützungsinitiativen oft erst als Antwort auf rechte Mobilisierungen, wie zum Beispiel im Stadtteil Stötteritz nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft (vgl. Welters und Puppe 2015). Das Engagement *für* Geflüchtete und das Engagement *gegen* rechts hängen in Leipzig seit jeher eng zusammen. Es gab in Leipzig in den letzten Jahren mehrere asylpolitisch relevante Debattenhöhepunkte, die jeweils als Initialzündung für das Engagement einzelner Personen sowie Initiativen und auch das Wiederaufleben von bestehenden Gruppierungen gesehen werden können (vgl. Kapitel 2.1). Menschen, die sich schon Jahre für Geflüchtete, meistens aus dem Anlass rassistischer Mobilisierungen, engagieren, erlebten 2015 eine gestiegene gesellschaftliche Aufmerksamkeit für ihre Arbeit. Anders als das Engagement für Geflüchtete zu Beginn der 1990er Jahre war demnach auch der inhaltliche Fokus des Engagements ein anderer. In der Einleitung zum zweiten Kapitel hatte ich Heinz Brand als eine meiner Kontaktpersonen im Feld kurz vorgestellt. Er war schon vor und während der Wende gesellschaftspolitisch in Leipzig aktiv und leitete daraus für sich ab, weiterhin aktiv bleiben zu »müssen«. Dies verdeutlicht beispielhaft, wie Personen in Leipzig das Bild der »Bürgerstadt« für sich als Verantwortungsübernahme für die gesellschaftlichen Prozesse in der Stadt interpretieren. Heinz Brand beschrieb mir im Interview, dass sein Engagement nach dem Beitritt der DDR in die BRD viel lauter und aktivistischer sein musste, weil in den frühen 90ern überhaupt erst gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Asylthemen erzeugt werden musste. Im Folgenden knüpfe ich daran an und schildere weitere Aspekte aus Heinz Brands Engagementbiografie.

Heinz Brand lebt seit seiner Kindheit in Leipzig und ist seit 2013 verrentet. Er ist ausgebildeter Diplom Elektrotechniker, praktisch aber seit zahlreichen Jahren vor allem auf verschiedenste Weisen ehrenamtlich aktiv. Er verfügt über ein großes soziales Netzwerk in Leipzig. Heinz hat mehrere Initiativen und Vereine in Leipzig mitgegründet, die teilweise bis heute aktiv sind. Die »kritische Haltung« seines Vaters habe sich auch in ihm »manifestiert« (Interview Heinz Brand 11.12.15). In die Kirche trat er ein, damit seine Kinder nicht im DDR-System erzogen werden und dort engagierte er sich erstmals, insbesondere für Umwelt und Frieden. Er bezeichnet sich selbst als beruflichen »Quereinsteiger« »in die soziale Schiene« (ebd. 11.12.15). Seine Erfahrungen als Akteur in der Flüchtlingshilfe im ehrenamtlichen Bereich reichen zurück bis zur solidarischen Unterstützung der ersten Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig Anfang der 90er Jahre. Er war Gründer und Sprecher eines bis heute bestehenden großen Flüchtlingshilfevereins. Dies war auch die Grundlage für seine berufliche Anstellung bei einer großen Hilfsorganisation als Aussiedlerberater und später als Migrationserstberater. Als sich die Anforderungen an die Berufsqualifikation für diesen Job erhöhten, ging er in Rente und wirkt bis heute weiter ehrenamtlich.

Ich lernte Heinz Brand im November 2015 auf einer Konferenz von verschiedenen Asylinitiativen kennen, wo er als Vertreter eines Vereins teilnahm. Er lud mich zu einem Treffen bei einer anderen Initiative (die ich im Folgenden »Stadtteilgruppe« nenne) ein, in der er ebenfalls mitwirkt. In den folgenden Monaten traf ich ihn regelmäßig dort, aber auch immer wieder überraschend bei anderen Initiativen, Informationsveranstaltungen oder sonstigen Events im thematischen Kontext von Asyl und Migration. Wenn ich andere Menschen im Feld danach fragte, mit wem ich mich noch unterhalten müsse, erwähnten viele seinen Namen. Sein Engagement nimmt sehr viel Zeit seines Lebens ein. Er betonte immer wieder, dass er wenig Zeit habe, übernahm dann aber doch Aufgaben und fand mögliche Zeitfenster für Termine. Dieser Widerspruch unterstreicht die Hingabe und die persönliche Eingebundenheit im Feld, mit der er sich seinem Engagement verpflichtet sieht. Dass sein ehrenamtliches Wirken im Asylbereich mittlerweile auf viel mehr politische und gesellschaftliche Resonanz stößt, begreift er als Chance, die er nutzen will. Zahlreiche Erfolge seines Engagements, wie zum Beispiel, dass sich der Oberbürgermeister nun auch für seine Projekte interessiert, sprechen für ihn fürs Weitermachen und für die Relevanz seines eigenen Wirkens. Beschreibungen aus seiner ehrenamtlichen Zeit in den frühen 90ern nutzt er, um sie dem Jetzt gegenüberzustellen. Er sagt, dieses Klima,

»dass die [Migranten⁹] hier leben und als Nachbarn wahrgenommen werden, das war zu der Zeit eben auch nicht. Das fängt ja jetzt erst ganz langsam an. Das war in den 90er Jahren überhaupt nicht gewollt. Die Integration war ein Thema nur für wenige, die es dann auch gepackt haben.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Diese andere Stimmung heute motiviert ihn, weiter ehrenamtlich tätig zu sein:

»Ich [denke] schon, dass wir da auch prägend mit was tun können hier für Leipzig und das hat mich natürlich auch wieder motiviert, weil eigentlich wollte ich so ein bisschen das Ehrenamtliche reduzieren. Und ich meine, für diese ganze Integration da war ich dann auch so ein bisschen, sagen wir mal, dankbar. Letztes Jahr oder vorletztes Jahr habe ich so einen Integrationspreis gekriegt, so einen sächsischen und dann noch für meine Ehrenamtssache im letzten Jahr den Agenda-Preis extra sozusagen, für ehrenamtliches Engagement. Aber ich muss sagen, das sehe ich als gerechtfertigt jetzt mal an, ohne dass ich mich jetzt besonders hervorheben will, aber was ich an Zeit da investiert habe, wenn ich überlege: Ich bin Rentner. Ich könnte es mir ja hier jetzt gemütlich machen. Das Problem ist für mich, das Thema mit den Migranten und so, das ist jetzt so aktuell, da kann man sich eigentlich nicht zurückziehen. Und ich merke in der Gesellschaft ist das jetzt in den nächsten Jahren ein Thema. Wenn man da jetzt nichts tut, kann das eben auch nach hinten losgehen. Dieser Rechtsruck, der jetzt da ist, der wird auch bleiben. Bloß ich hoffe, dass wir den zumindest soweit einschränken können, dass das wirklich eine Minderheit bleibt. Weil, wenn man jetzt überlegt – wie sagt man? Wenn jetzt Wahl wäre, würden 16 % AfD wählen, das ist schon erschreckend.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Für Heinz Brand besteht, so verstehe ich seine Ausführungen, *jetzt* Handlungsbedarf, weil er *jetzt* eine Chance sieht die Situation in der Stadt aktiv verändern zu können. Und vor allem besteht *für ihn* Handlungsbedarf. Das deutet daraufhin, dass er sich als Schlüsselfigur für Migrations-Themen in Leipzig sieht. Er kann sich jetzt nicht zurückziehen, weil er *jetzt* als jemand gebraucht wird, der sich seit Jahren dafür einsetzt. Er beschreibt sich demnach selbst als relevanten Akteur im asylpolitischen Feld. Dieses Verständnis speist sich aus Erfolgserlebnissen seines Engagements, in denen er die Wirksamkeit des eigenen Handelns erfahren hat (vgl. auch seine »Wende«-Erfahrung wie in Kapitel 2 beschrieben). Er fühlt sich durch seine Teilnahme mit der gesellschaftspolitischen Situation in der Stadt verbunden. Im Interview gibt es immer wieder Momente, in denen deutlich wird, wie viel Hoffnung er in dieses Dagegenwirken setzt. Hoffnung, dass die Stadtgesellschaft offener wird und die Begegnungen mit »Migranten«, wie er beschreibt, sich

9 Zu DDR-Zeiten waren das vor allem Gastarbeiter*innen und Studierende (vgl. Geier und Schlesinger 1996: 164; vgl. Phillips und Rink 2009: 400f.; vgl. Kapitel 2.1.2).

auch mehr und mehr in gewohnten sozialen Räumen abspielt. Es wirkt auf mich so, als ob er gar nicht anders kann, als sich zu beteiligen, weil er so verwoben mit der Stadt und dem Stadtteil ist. Seine Strategie erinnert an die von Speth und Becker beschriebene »Präsenz im politischen Raum«. Durch sie kann »fremdenfeindlicher Stimmung und fremdenfeindlichen Aktionen« (2016: 37f.) auf materieller *und* expressiver Ebene entgegengewirkt werden. Diese räumliche Vorstellung des Besetzens von Diskursen macht verständlich, wieso der Rückzug für Heinz bedeuten würde, dass der Raum anders, beispielsweise durch rassistische Mobilisierungen, gefüllt werden könnte.

Auch für andere Kommunen in Deutschland ist erhoben worden, dass rassistische Mobilisierungen erhebliche Impulsgeber für Engagierte waren, die Stimmung vor Ort aktiv beeinflussen zu wollen und es »nicht kippen« zu lassen, das heißt, Rechten nicht das Feld zu überlassen (vgl. u.a. Speth und Becker 2016: 8; vgl. Hamann und Karakayali 2017: 13f. und 21). Dabei wendete sich das Engagement vor allem gegen die damit einhergehenden Proteste von rechts. Hier zeigt sich die Verquickung von (lokal)politischen Debatten und der Übertragung in ein persönliches Handeln als Konsequenz daraus. Im folgenden Abschnitt mache ich deutlich, dass diesem entschiedenen Entgegengetreten typischerweise auch ein starker Impuls des Eintretens *für* mehr Austausch und mehr Miteinander im eigenen Stadtteil oder in Leipzig entsprach.

3.2.2 Verantwortungsübernahme für den Stadtteil/die Stadt

Der Gedanke, dass man durch sein Handeln die Stimmung in der Stadt beeinflussen kann und es daher auch eine moralische Verpflichtung zum Handeln gibt, begegnete mir auch in den Interviews mit weiteren Freiwilligen aus dem Umkreis Heinz Brands in der Stadtteilgruppe. Diese gründete sich aus den Mitgliedern eines Bürgervereins, einer kirchlichen Gemeinde, sowie mehreren lokalpolitisch Aktiven. Anlass für die Gründung war die gewachsene Stimmungsmache gegen die Unterbringung von Geflüchteten in einer großen Erstaufnahmeeinrichtung im Viertel. Ich vermute, dass sich daraus ein starker Orts- und Ortsteilbezug im Denken der Mitglieder ergab. Sie bezogen sich häufig auf die Menschen, die im Ortsteil leben und die Veränderungen, die dort passierten, zum Beispiel die Errichtung einer großen Erstaufnahmeeinrichtung. Aus dieser Nähe ergibt sich ein Verantwortungsgefühl (vgl. Interview Heinz Brand 11.12.15). Ziel der Stadtteilgruppe ist es, den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen und politische Entwicklungen und Entscheidungen, die den Stadtteil betreffen, zu erklären und verständlich zu kommunizieren. Ich nahm vor allem an den Treffen der Gruppe und teilweise an den dort geplanten Aktivitäten teil. Ich lernte weitere Mitglieder kennen, wie zum Beispiel Ramon Breitenbach.

Ramon Breitenbach ist zum Zeitpunkt unseres Interviews Anfang 30 und ist Angestellter. Ramon ist in Leipzig geboren. Er hält mehrere Ehrenämter inne. Er ist u.a. ehrenamtlicher Stadtbezirksbeirat, parteipolitisch engagiert und Mitglied der Stadtteilgruppe. Erstgenanntes Amt fällt offiziell in den Bereich des politischen Engagements, wodurch zwischen seinem Engagement in der Stadtteilgruppe und der Lokalpolitik eine direkte Beziehung entsteht. Dies deutet schon darauf hin, dass er ein großes soziales Netzwerk, insbesondere in seinem Stadtviertel aufgebaut hat. Aus seinen Erzählungen wird deutlich, dass er neben den zahlreichen Kontakten, die Leipzig als Geburts- und Wohnort und die Ehrenämter mit sich bringen, auch sehr offen dafür ist, mit ihm noch unbekannten Menschen im Stadtviertel zu sprechen und sie für seine politischen Überzeugungen zu gewinnen. Für ihn ist die fortwährende Auseinandersetzung mit den Menschen in seinem Stadtteil, insbesondere das beständige Anbieten der Dialogbereitschaft eine Möglichkeit, um vor Ort wirksam zu sein. Er berichtet mir, dass in seinem Stadtviertel einige Menschen leben, die er als anfällig für rechte Stimmungsmache bezeichnet. Er möchte sie so gut es geht vom Gegenteile überzeugen. Auch wenn es manchmal »nervt« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16). Er begründet sein Engagement in der Stadtteilgruppe wie folgt:

»Erstens ist es in meinem Stadtbezirk, deswegen sollte man dahingehen, um das von der Seite zu erfahren und zum anderen: es wird der Dialog mit der Bevölkerung gesucht und auch gefunden. So auch privat, denn das ist eine Möglichkeit, wie man den Leuten erklären kann, was richtig ist und was falsch ist, was Gerüchte sind, wie es tatsächlich ist mit den Flüchtlingen, wie viele kommen, warum und wo kommen sie her. Und – ja auch: Was ist dran an den Gerüchten mit kriminellen Geflüchteten.« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16)

Ramon versteht sich als Übersetzer zwischen Politik und Gesellschaft. Er übernimmt Verantwortung dafür, dass die Menschen in »[s]einem« Stadtbezirk auf die »richtige« Art und Weise verstehen, was um sie herum passiert. Dies funktioniert seiner Meinung nach am besten »privat«, also über das Gespräch und damit über Beziehungsarbeit. Er nimmt eine Übersetzerrolle zwischen dem, was die Menschen als »städtisch« oder »staatlich« deuten und ihrer eigenen Wahrnehmung ein. Er baut »bridges between the life world of the population and the world of formal policy making« (Koster 2014: 56). Martijn Koster (2014) hat Schlüsselfiguren, Broker, in lokalen politischen Feldern untersucht.¹⁰ Er betrachtet »active citizens as political brokers who bridge the gap between the retreating state and its citizens«

10 Er bezieht sich auf eine niederländischen Studie über (dort sogenannte) »Connectors«. »Connectors can be compared with ›bilinguals‹; they have the ability to move in different networks, to build bridges between citizen groups on the one hand and policy makers or administrators on the other. They can ensure that people find the right persons, that two groups

(2014: 50). Das konkrete Beispiel für diese Lücke hier ist der Informationsfluss. Das was Ramon macht – Informationslücken ausgleichen – ergänzt die offiziellen Wege der Stadtverwaltung oder Medien. Ramon bietet sich an als Diskussionspartner an, um entweder die Lücken zu schließen oder auch um die Informationsflut bewältigen und einordnen zu können. Die Chancen von Schlüsselfiguren wie Ramon liegen darin, als jemand, der nicht dem formellen Politikfeld zugeordnet wird, diese Informationen auf eine andere Art und Weise zu vermitteln. Durch seine Eingebundenheit (»embeddedness«) in der »local community« (vgl. Thelen, Vettors, Benda-Beckmann 2018: 8) fließen Policies und Diskurse auch durch ihn als Übersetzer hindurch. Er teilt Wissen und Informationen in seinen Netzwerken. Als sein Netzwerk begreift er den gesamten Stadtbezirk, in dem er lebt und ehrenamtlicher Beirat ist. Meinem Verständnis nach gestaltet er dadurch die Assemblagen mit, deren Teil er ist.

3.2.3 Dilemma Nothilfe vs. langfristige Strukturen

Insbesondere in der Anfangsphase verstanden zahlreiche Freiwillige ihr Engagement als kurzfristige Unterstützung in einer der Notsituation, in der sie Geflüchteten helfen wollten. Früher oder später wurde jedoch auch die Dauer des Engagements thematisiert. Häufig wurden in diesem Zusammenhang Überlegungen und Überzeugungen über ›Staat‹ und ›Staatlichkeit‹ geäußert. Die Freiwilligen betonten, dass sie nicht langfristig Aufgaben leisten wollen, für die sie hauptamtliche Akteur*innen in der Verantwortung sahen. Neben der Begrenztheit individueller Ressourcen wie Zeit und Energie verdeutlicht dies auch, dass das eigene Engagement ambivalent betrachtet wurde: Gerade *weil* aufgrund der Notsituation kurzfristige Lösungen und spontanes Handeln nötig waren, wurden bewusst langfristige Ziele wie politische Veränderungen in den Hintergrund gestellt, weil das Engagement in dem Sektor an der momentanen Situation so schnell nichts hätte verändern können. Das praktische Handeln der Freiwilligen kann demnach auch als Kompromiss gedeutet werden, dem ein inneres Dilemma von langfristigem Handeln und kurzfristigem Helfen vorausgegangen ist.

Einige Freiwillige artikulierten dies deutlich, wie zum Beispiel der Verein Medinetz Leipzig e.V. Auf ihrer Internetseite der Gruppe ist ihr politischer Hintergrund nachzulesen, den sie auch auf Netzwerktreffen deutlich vertraten:

»Als Medinetz fordern wir einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und treten für ein Recht auf Rechte ein. Daher arbeiten wir mit anderen Organisationen

can cooperate in spite of their different backgrounds and cultures, and that people for whom ›the government‹ seems far away may have ›indirect‹ access to it« (Koster 2014: 56).

und Gruppen an politischen Initiativen zur Abschaffung der diskriminierenden Gesetzgebung [...]. Es ist nicht hinzunehmen und zu leisten, dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Ärztinnen und Ärzte mit Hilfe von Spenden diese medizinische Versorgung tragen. Unsere praktische Arbeit ist keine Lösung, sondern ein notwendiges Provisorium in einer inakzeptablen Situation.« (Medinetz Leipzig 2020)

Kurzfristige Hilfe und aktiv politische Arbeit zu leisten war aufgrund zeitlicher und struktureller Kapazitäten vielen Engagierten nicht möglich. Als Lösung für das Problem spezialisierten sich die Engagierten, das heißt abhängig von der Konstitution innerhalb der Assemblagen wurden bestimmte Rollen in ihr eingenommen. Dies verdeutlicht die Immanenz der Prozesse in Assemblagen gegenüber einer gleichzeitigen Offenheit und Interdependenz gegenüber Prozessen von außerhalb. Aufgrund der Vielfalt von Akteur*innen in Leipzig war es mitunter eine pragmatische Entscheidung, sich auf seine eigenen Ressourcen zu besinnen. Sara Loewe ist Vertreterin einer Gruppe in Leipzig, die ehrenamtlich Rechtsberatung für Geflüchtete anbietet. Sie verdeutlichte mir im Gespräch:

»Wir verstehen uns als eine Beratungsgruppe. Wir bilden Studenten aus, wir machen ein Ausbildungsprogramm. Wir sehen uns jetzt nicht als politischer Hauptakteur. Dies ist nicht unsere Hauptaufgabe, aber natürlich unterstützen wir die hiesigen Gruppen, zum Beispiel durch unsere rechtliche Beratung [...]. Es gibt Akteure, die können halt besser Demonstrationen organisieren als wir, da müssen wir nicht auch der Hauptakteur sein. Das sehen wir nicht als unsere Hauptexpertise.« (Interview Sara Loewe 08.04.16)

»Politisch« oder »apolitisch« aufzutreten kann, so wird hier deutlich, auch Gründe haben, die nicht in der politischen Überzeugung liegen, sondern in Ressourcenverwaltung und mit Blick auf die Ressourcen des Netzwerkes, in dem man sich befindet. Es ist bedeutsam, die Vielfalt der Initiativen in Leipzig auch unter diesem Gesichtspunkt und als bewusstes Abstecken der eigenen Handlungsräume zu betrachten. Seit 2012 gibt es beispielsweise den *Initiativkreis: Menschen.würdig* als relevante linke Stimme in Leipzig, die dafür sorgt, dass »Negativfolien« wie die Missstände in der Gemeinschaftsunterkunft Torgauer Straße publik werden (Interview Matthias Leisnig 21.09.16; vgl. Meding 2017: 95ff.). Menschen, die sich in Leipzig engagieren, denken darüber nach, wie sie ihre Gruppe ausrichten, denn sie wissen, dass ihnen je nach strategischer Ausrichtung Grenzen gesetzt sind und dass sie andere Zielgruppen erreichen. Gruppen wie der *Initiativkreis* beraten Geflüchtete in Leipzig vor der Unterkunft, andere Gruppen agieren in den Gebäuden und gehen daher einen anderen Weg. Dies ist ihnen möglich, weil sie wissen, dass es diese laute politische Stimme gibt und sie sich ihr gegebenenfalls anschließen können (vgl. Interview Sara Loewe 08.04.16). Dies verdeutlicht, dass die Entwicklun-

gen Assemblage-immanent sind, auch wenn sie auf äußere Faktoren reagieren. Es wird weiterhin sichtbar, dass die Handlungsräume nicht unbedingt gleichgesetzt werden sollten mit den Motiven des Handelns. Die Hintergründe des jeweiligen Handelns sind teilweise nur mit Blick auf die Gesamtkonstellation der Assemblage zu verstehen.

3.2.4 Transformation der Engagementform: Die Suche nach etwas, das *wirklich* hilft

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass es keine Linearität des Engagements gibt, die Start und Ende als lineare, logische Abfolge miteinander verbindet. Engagement ist vielmehr *Lernen* und *Suche* nach der richtigen Form und nach dem richtigen Ausdruck des Handelns. Wie eine Person ihr Engagement gestaltet, kann sich verändern. Wie eine Gruppe ihr Handeln eingrenzt, kann mit ihren Netzwerken zu tun haben. Dabei spielen individuelle und situationsbedingte Einschätzungen der Machbarkeit und Wirksamkeit der jeweiligen Engagementform eine entscheidende Rolle. Wenn das Ziel war, etwas zu verändern und somit wirksam zu sein, war mitunter unklar, *wie* dieses Ziel zu erreichen ist. Sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen experimentierten mit Handlungsformen und reflektierten sie in diesem Improvisationsprozess. Gerade das Handeln in nicht vorgegebenen Strukturen und die Dynamik des asylopolitischen Feldes öffnete neue Möglichkeiten, die auch Unklarheit und Unsicherheit mit sich brachten.

Kurt Wittner ist Mitglied der Stadtteilgruppe. Er ist Leipziger, in dem Viertel aufgewachsen, in dem er heute im Bürgerverein und Ortsverein einer Partei aktiv ist, »kurz vor der Ecke, wo jetzt eben die Erstaufnahmeeinrichtung ist« (Interview Kurt Wittner 10.03.2016). Nach seiner Studienzeit in Halle lebte und arbeitete er die meiste Zeit in Leipzig. Insofern hat man da »natürlich auch einen gewissen Bezug dazu« erzählt er mir bei unserem Interview-Termin am 10.03.2016. Sein Engagement in dieser Gruppe sowie auch im Ortsverein einer Partei ist geprägt von einem Ringen um Anerkennung und Aufmerksamkeit, was sich für ihn vor allem in sinkenden Mitgliederzahlen, der Schwierigkeit, *wirklich* etwas zu erreichen und der fehlenden aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten zeigt. Für ihn hängt das mit den Strukturen »im Osten« zusammen, in denen Vereinsmitgliedschaften, Engagement in Gewerkschaften und Kirchgemeinden nicht so stark gewachsen und vernetzt sind wie im »Westen«:

»Du bist im Prinzip ohnmächtig und das ist auch so eine Sicht und das ist auch so eine Erfahrung. Du bist, egal wo du dich engagierst, du bist im Osten mit den sehr schwach ausgeprägten, gesellschaftlichen Strukturen, und letztlich mit den immer noch viel zu wenig Menschen, die sich engagieren, wo auch immer mit den viel zu schwachen, politischen Strukturen gegenüber der Verwaltung völlig

hilflos. Ich bin überzeugt, dass das in Westdeutschland anders läuft. Mit stärkeren Kirchgemeinden, mit stärkeren Gewerkschaften, auch mit stärkeren Parteien mit mehr Mitgliedern. Dass es nicht ganz so ein Ungleichgewicht ist wie bei uns. Du kannst nur hoffen, dass die Verwaltungsleute gut gesonnen sind. In Leipzig kann man das ja bei vielen unterstellen, aber wenn das jetzt auch nicht gegeben wäre [atmet schwer aus].« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt Wittner deutet das von ihm als zu gering eingeschätzte politische Engagement in den »politischen Strukturen« und anderen formellen Engagementformen wie Kirche oder Gewerkschaften als eine Erscheinung, die sich auf »den Osten« bezieht (zum Engagement im »Osten« siehe Kapitel 4.1.1). Eine weitere Schwierigkeit besteht für die Stadtteilgruppe darin, dass sie mittlerweile umgeben ist von einigen weiteren Initiativen, die sich in der Art und Weise, »politisch« zu sein, unterscheiden. Freiwillige haben also im Viertel die Wahl, wohin sie gehen. Kurt skizziert die unterschiedlichen Anforderungen, die an die Gruppe gestellt werden:

»Die einen laufen weg, weil sie sagen: ›Nun macht endlich mal eine Demo und beteiligt euch.‹ Auch, wenn dann da letztendlich nur 15 Leute kommen und man Gefahr läuft, sich lächerlich zu machen. Und die anderen sagen [zur Musik auf der Demo]: ›Diese militante, aufhetzerische Musik von denen aus dem Lautsprecher und dieses Militante und so.‹ Also, das ist ganz schwer das beisammenzuhalten und da wäre es wirklich gut, wenn man wirklich das Gefühl hätte für die Gruppe: da ist etwas Konkretes passiert.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Dieses vergrößerte Angebot an Möglichkeiten des Engagements, das im Forschungszeitraum entstanden war, führte auch in diesem Stadtteil zu einer größeren Fluktuation der Mitglieder. Diese Entwicklung scheint Kurt sehr zu beschäftigen. Er erörtert in unserem Gespräch, womit es zusammenhängen könnte, dass die Stadtteilgruppe Mitglieder verliert. Dabei wird deutlich, was ihm selbst in der Gruppe fehlt und wonach er sucht:

»Wir bräuchten halt tatsächlich wirklich mal einen Punkt, wo wir sagen: ›Wir haben jetzt konkret etwas getan.‹ Nicht nur irgendwo ein Statement verfasst oder einen Stand gemacht. Wobei das ja auch wichtig ist, in die Bevölkerung hineinzuwirken, um dort ein bisschen die Stimmung zu verbessern. [...] Wir bräuchten wirklich etwas, wo wir sagen können, wir haben nicht nur ein politisches Statement abgegeben, sondern jetzt haben wirklich etwas Konkretes für Flüchtlinge getan. So, was zustande gebracht. Also sowas wie, die paar hundert Euro, die wir seit ein paar Monaten haben, eben wirklich etwas Konkretes damit getan. Eben Außenspielgeräte [vor der Unterkunft], wo man wirklich sagen kann: ›So, das haben wir jetzt bewirkt. So, das hilft konkret.‹ Wo die Leute dann ein gutes Gefühl haben, quasi. Wir drehen uns nicht nur im Kreis.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt reflektiert die Handlungsstrategien der Gruppe kritisch. »[W]irklich etwas Konkretes für Flüchtlinge« haben sie noch nicht getan bis auf die Außenspielgeräte, für die sie sich einsetzen. Er stellt sich vor, dass das etwas wäre »wo die Leute dann ein gutes Gefühl haben« und wo er und die Gruppe sich »nicht nur im Kreis« drehen. Er ist unzufrieden mit dem Engagement, das sie leisten. Ihm fehlt das Gefühl, etwas geschafft zu haben. Dies wäre auch bedeutsam, so meint er, um mehr Mitglieder dabei zu behalten oder zu gewinnen. Die eingeübten Aktionen der Gruppe werden von ihm in ihrer Wirksamkeit anders bewertet. Er zielt auf andere Partizipationsformen ab, weil die formellen – wie politische Statements oder Infostände – nicht die Adressaten seines Engagements erreichen. Hier wird deutlich, dass formelle Partizipationsformen von Engagierten nicht als die zielbringende Möglichkeit gesehen werden, Einfluss zu nehmen. Einfluss bezieht sich hier auf die konkrete Situation Geflüchteter, die für Kurt in dieser Situation im Vordergrund steht.

Auch Anne Thieme, die in einem anderen Stadtteil lebt, beschreibt diesen Prozess des Wechselns zwischen verschiedenen Formen von Engagement. Ich kenne Anne über eine gemeinsame Freundin schon länger. Sie ist eine 35-jährige Frau, die ihre Tochter größtenteils allein erzieht und in der Kirchgemeinde aktiv ist. Da sie außerdem voll berufstätig ist, ist sie zeitlich stark eingebunden. Seit Januar 2015, also von Beginn an, nahm sie bei den *NoLegida*-Protesten in Leipzig teil. Den einzigen Abend der Woche, an dem ihre Tochter beim Vater des Kindes war, den Montag, nutzte sie fast jedes Mal, um auf die Demo zu gehen. Wir sprachen im Dezember 2015 miteinander, da waren *Legida* und *NoLegida* fast ein Jahr alt. Anfang Dezember 2015 hatte sie außerdem begonnen, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung in ihrem Stadtteil zu engagieren. Sie unterstützte dort die Versorgung der Geflüchteten, zum Beispiel bei der Sachspendenausgabe. Zu den Beweggründen erzählt sie Folgendes:

»Klar, ich find das immer noch wichtig zu *NoLegida* zu gehen und dieses Politische und da Gesicht zu zeigen, aber ich hatte dann irgendwann mal das Gefühl, ich muss mal was anderes machen. Etwas, das auch weitergeht, was halt nicht irgendwie nur Protest ist, sondern wo man wirklich auch mal was macht, und das habe ich ewig lange nicht hingekriegt mal irgendwie mich zu engagieren. Ich hatte mir schon im August mein *Erweitertes Führungszeugnis* geholt, weil ich das ja brauchte. Ich wollte eigentlich die ganze Zeit anfangen, hab aber nie so richtig den Anfang geschafft. Dann war ich noch zur Kur mit Marie, Marie hatte Eingewöhnung im Kindergarten, dann ist das dazwischengekommen und jetzt habe ich mich dann in dieser neuen Erstaufnahmeeinrichtung gleich um die Ecke angemeldet.« (Interview Anne Thieme 17.12.15)

Für Anne bedeutet das Engagement in der Erstaufnahmeeinrichtung »etwas, das auch weitergeht, was halt nicht irgendwie nur Protest ist«. Für Anne ist die Mit-

arbeit in der Erstaufnahmeeinrichtung so etwas. Wie bei Kurt wird deutlich, dass der Anspruch und der Wunsch, ›das Richtige‹ zu tun, handlungsleitend sind. ›Das Richtige‹ und sinngebend sind dabei die Handlungen, durch die etwas konkret verändert wird.¹¹ Diese Beschreibungen stellen erneut die in Definitionen von Engagement unterstellte Linearität und Fixiertheit von konkreten Handlungsformen des Engagements in Frage. Während dies oftmals entlang von ›politisch‹ und ›apolitisch‹ kodiert wird, bleiben andere Interpretationen von Handlungsmotiven unerwähnt, die in den empirischen Beispielen deutlich werden. Diese sind zum Beispiel die Sinnsuche, der Wunsch nach Wirksamkeit und das Lernen, welche Wege dafür geeignet sind.

In den Fällen von Kurt und Anne wurde auch die räumliche Nähe zwischen Wohnort und dem Ort des Engagements deutlich. Ihre Überlegungen, wie sie wirksam sein können beziehen sich unter anderem darauf. Bei Anne ermöglichte zum Beispiel erst die räumliche Nähe, dass sie die knappe Zeit, die ihr für Engagement zur Verfügung steht, nutzbar machen konnte. Sie sieht sich dadurch auch in der Lage, Geflüchteten das Viertel zu zeigen, sie weiß wo Spielplätze sind und wo es Angebote für Familien gibt. In der Umgebung von Unterkünften entstand häufig aus solchen Gründen ein »individuelles Netzwerk von Hilfsbeziehungen [...], das stark in den jeweiligen Sozialräumen der GU's verankert ist« (Glorius 2017: 18). Ich deute dies als Zeichen der Mitgestaltung der sozialen Räume und dem Wunsch, dass Geflüchtete *Mitglieder* darin werden. Dies betont die Bedeutung, die das »eigene« Stadtviertel für die Menschen hat. Vor Ort sind sie »Professionelle« für relevante Themen des praktischen Alltags. Auch Anne und Kurt sind dahingehend vermittelnde Schlüsselfiguren in ihren Stadtteilen, weil sie die Brücken bauen (wollen), die es braucht, um Teilhabe zu ermöglichen.

3.2.5 Humanitäre Hilfe: Die Bedeutung ›apolitischer‹ Engagementformen

Im Kontext der Hilfe für Geflüchtete 2015/2016 wurden immer wieder auch humanitäre Handlungsmotive der Engagierten diskutiert. Mit den Flucht migrations-Bewegungen 2015/2016 ist eine Situation entstanden, in der »direct action« (Calhoun 2013: 52) als Antwort auf eine Notsituation, wie sie das klassische Einsatzgebiet humanitärer Handlungen ist, vermehrt aufgetreten ist. Diese Formen der Hilfe wurden in der wissenschaftlichen Analyse dem als ›politisch‹ kodiertem aktivistischem Engagement gegenübergestellt, wie ich im weiteren Verlauf des Kapitels darstellen und diskutieren werde.

Wie die folgenden Ausführungen des Ehrenamtskoordinators Hans Wieler verdeutlichen, war die Art der Hilfeleistung und die Perspektive der Helfenden in der

11 Kurz vor Fertigstellung dieser Arbeit habe ich erfahren, dass Anne jetzt Stadtbezirksbeirätin ist.

Praxis ein relevantes Thema. Mit Hans Wieler, dem ich in meiner Feldforschung immer wieder bei Vereinstreffen, Initiativkreisen, Konferenzen oder Netzwerktreffen begegnete, führte ich am 13.01.16 ein Interview über seine Aufgaben als Ehrenamtskoordinator (vgl. Kapitel 4.3.1). Zu ihm kommen sehr häufig Menschen, die noch gar nicht ehrenamtlich aktiv waren oder/und noch keinen Kontakt zu Geflüchteten hatten. Er schildert, dass er in den Gesprächen mit den Ehrenamtsinteressierten auf Vorstellungen der Hilfeleistung stieß, die ihm unpassend erschienen:

»Manchmal ist es auch wichtig, Ehrenamtlichen die Perspektive zu öffnen, dass die Menschen, die hierherkommen, nicht alle *hilfsbedürftig*, also in dem Sinne ich muss denen jetzt *helfen*, hier zurecht zu kommen. Viele können sich wohl sehr gut organisieren. Ich kann da jetzt nicht das Zahlenverhältnis sagen, aber ich meine, sie sind bis *hierhergekommen* [...]. Ich glaube es ist wichtig da immer hinzugucken und zu sagen: Wir wollen jetzt nicht immer die *Helferperspektive* einnehmen, sondern auch einfach gucken, was kann für uns *gegenseitig* interessant sein.« (Interview Hans Wieler 13.01.16)

Die Ausführungen von Hans Wieler verdeutlichen, dass er als Ehrenamtskoordinator an dieser Stelle versucht hat, zu vermitteln und zu steuern. Mit Martin Ganske, Hans WIELERS Kollegen, sprach ich darüber, wie er damit umgeht, wenn er hört, dass Ehrenamtliche sich über kulturelle Differenzen zu Geflüchteten austauschen und dabei recht homogenisierend argumentieren.¹² Er sagte, dass er nicht eingreife, »wenn er keinen rassistischen Hintergrund« darin sehe (Interview 07.09.16). Auch von verschiedenen anderen Stellen habe ich die Strategie vernommen, dass man den Freiwilligen ihr Lernfeld lassen will. Beispielsweise wolle man nicht jedes Mal korrigieren, wenn Freiwillige das Wort »Flüchtlinge« statt »Geflüchtete« sagen, um ihren guten Willen, also ihr Hilfsangebot, anzuerkennen. Es wurde teilweise sehr geduldig versucht, jeden Freiwilligen in einer für alle passenden Form zu beschäftigen (vgl. Kapitel 4.2.1; 5.1 und 6.2). So wurden manche Personen eher für die Umzugshilfe eingesetzt als für eine Patenschaft, in der sie viel Zeit allein mit Geflüchteten verbringen würden. Freiwillige sind auch zu einer Ressource geworden, die dringend benötigt wird. Hier wird die wesentliche Rolle der Ehrenamtskoordinator*innen deutlich. Im Idealfall konnten sie als eine Art Supervisor*innen die Freiwilligen in ihren Lernprozessen begleiten. Dies verdeutlicht noch einmal, dass das Engagement ein individuelles Lernfeld ist. Auch im Feld wurde immer wieder betont, dass freiwilliges Engagement hauptamtliche Begleitung finden muss, wenn es sie braucht. Die Beispiele zeugen von der Neuheit des Kontaktes von Menschen in Leipzig zu Geflüchteten. Die angesprochenen Perspektiven auf Hilfe hängen mit den Bildern zusammen, die man in der westlichen Welt von Geflüchteten in der

12 Anlass war ein Gruppentreffen, bei dem wir beide zugegen war. Ich als Teilnehmerin, er als Koordinator.

Ferne bisher vor allem aus dem Fernsehen kannte.¹³ Durch die Nähe und die nun gegebene Möglichkeit und Dringlichkeit der praktischen Hilfe vor Ort ergibt sich eine andere Grundsituation als in zahlreichen Forschungen zu humanitärer Hilfe in anderen Ländern.

Der Soziologe Craig Calhoun beschreibt das Bild des Asylsuchenden als *den* Prototypen des Leids in der Ferne (2013: 33), welches u.a. auch benutzt wird um humanitäre Hilfe – für Fremde – zu erwirken. Was Calhoun beschreibt, bezieht sich auf humanitäre Hilfsaktionen, die sich auf Mitleid mit Menschen in der Ferne beziehen und so den Opfer-Diskurs reproduzieren. Sophie Hinger und Philipp Schäfer (2019: 71) erkennen solche Dynamiken auch in Leipzig. Für Hinger und Schäfer sind die starken Reaktionen auf Geflüchtete in der Bevölkerung verankert in der Konstruktion der Unterbringung als Notfall und als »Krise«. In einem solchen Krisendiskurs würden die Asylsuchenden entweder als Opfer oder als Bedrohung konstruiert (ebd.: 71), wodurch Bewegungen für oder gegen Asylsuchende entstünden. Meine Beobachtungen im Feld lassen mich daran zweifeln. Ich denke, dass das Engagement der Menschen aufgrund der Nähe und der Verdichtung der Ereignisse in der »eigenen« Stadt differenzierter betrachtet werden muss. Es handelt sich nicht nur um eine Reaktion auf einen Opferdiskurs. Es geht dabei auch darum, in welcher Stadt die Menschen leben wollen und wie sie mit den Ereignissen in ihrer Stadt umgehen wollen, wie sie sich in ihrer Nachbarschaft und gegenüber Familien, Kindern und Freunden verhalten und welche Erfahrungen sie bisher gemacht haben. Gerade in Leipzig beobachtete ich eine starke Überzeugung, sich vor allem rechtem Gedankengut in der Stadt aktiv widersetzen zu wollen. Wie ich bisher anhand der empirischen Beispiele aufgezeigt habe, sagen diese Anknüpfungspunkte und die Unmittelbarkeit der Geschehnisse viel über grundsätzliche Motivationen des Beginns des Engagements aus und müssen dementsprechend beim Kontextualisieren von Diskursen über humanitäre Hilfe berücksichtigt werden.

3.2.6 Gruppendynamiken

Ebenso wie das individuelle Engagement ein Prozess des Lernens und Suchens ist, befinden sich auch Organisationen von Freiwilligen in einem solchen stetigen

13 Weiterführend zu dieser Gleichzeitigkeit: Arjun Appadurai in »Vom Risiko des Dialogs« (2011: 25f.): »Wir leben in einer Welt, in der wir einander gleichzeitig zu nahe und zu fern sind [...]. Wir sind einander zu nahe, weil jemand, der gestern noch ein Fremder war, heute schon unser neuer Nachbar sein kann [...]. [A]ndererseits stumpft eben diese tägliche Überschwemmung mit Fotos, Fernsehbildern und Berichten vom Leid in fernen Gegenden unser ethisches Bewusstsein ab und erzeugt auch in unserem Denken eine Art moralische Apartheid.« Auch Ulrich Beck skizziert, wie »Globalität und Allbetroffenheit« eher verdrängt werden, weil sie so schwer zu fassen sind (1986: 65).

Wandlungsprozess. Als Teil einer Assemblage sind sie mit Assemblage-immanenten Prozessen verwoben, wie ich am Beispiel von Kurt Wittners Beschreibungen deutlich gemacht habe (vgl. Kapitel 3.2.4). Die Differenzierung asylpolitischer Initiativen ermöglichte 2015 und 2016 eine verstärkte Wanderungsbewegung unter den Initiativen, wie ich es beispielhaft in Bezug auf die Stadtteilgruppe beschrieben habe. Die Fluktuation der Mitgliedschaft führt auch zu einer Veränderung der Dynamiken innerhalb der Gruppe. Ich beobachtete häufig im Feld, dass die Suche nach einem individuell geeigneten Engagement, sei es strukturell oder inhaltlich, zu Veränderungen und Fluktuationen der Mitgliedschaften in Organisationen führte. Nicht nur inhaltliche Aspekte des Engagements bestimmen dabei, wer sich wo mit wem engagiert, sondern auch persönliche Netzwerke, die schon zuvor existierten oder sich während des Engagements entwickelten.

Im Forschungszeitraum ging ich zweimal mit einer Gruppe Freiwilliger zusammen in eine Gemeinschaftsunterkunft um einen Nachmittag lang mit den Kindern, die dort wohnten, zu spielen. Die Freiwilligen waren alle Studentinnen, die sich schon vorher kannten. Ihre Bekanntschaft war der Anknüpfungspunkt zum Engagement.¹⁴ So auch für Elisa. Ich fragte sie an einem der Spelnachmittage, wie sie zu diesem Engagement gekommen sei und sie sagte »Cora hat mir davon erzählt und Fotos von den Kindern gezeigt und sie sind ja auch alle so süß!« Die Whats-App-Bilder der Studentinnen zeigten sie mit kleinen Kindern aus der Unterkunft, in der Orga-Gruppe wurden regelmäßig Fotos gesendet, die sie spielend und kuschelnd mit den Kindern zeigten. Im Kontakt mit den Kindern dominierte die Freude darüber, wie süß die Kinder sind und auch eine Lust darauf, mit ihnen Arabisch sprechen zu können. Dieses Beispiel verdeutlicht zum einen die Bedeutung von bestehenden sozialen Netzwerken als Zugang zum Engagement. Zum anderen zeigt es, dass die Tätigkeit selbst nicht unbedingt etwas über die Motive der Handlung aussagt, denn andere Gruppen, die die Unterkunft besuchten, verbanden andere Ziele und Netzwerke mit ihrem Engagement. Aus welchen Gründen Menschen die Handlungen ausführen und was sie selbst daraus ziehen, wird erst sichtbar durch einen Blick auf die involvierten Netzwerke und die individuellen Engagementbiografien der beteiligten Personen. Bedeutsam ist, dass alle Gruppen durch ihr Engagement dazu beitrugen, die große räumliche Distanz von der Unterkunft am Stadtrand durch ihre Formen der Kontaktaufnahme zumindest

14 Eine weitere Dynamik war, dass Freundschaften durch das Engagement entstanden, wie auch Ove Sutter beschreibt: »People would meet at private events, such as birthday parties, and talk to one another about personal issues, such as problems at work or in their families. These personal connections can be understood – following Lawrence Grossberg – as ›structures of affective alliances‹, in which affective relationships had become linked with civic political engagement« (2017: 20).

etwas zu mindern. Sie alle trugen dazu bei, die abschottenden Dynamiken zu mindern, die durch lange bestehende Infrastrukturen, wie diese Unterkunft am Rande der Stadt, materialisiert sind. Daher nehmen alle diese Handlungen Einfluss auf die asylopolitische Assemblage Leipzigs, vielleicht nicht unbedingt expressiv, aber in einer materiellen Art, nämlich mindestens durch ihre Anwesenheit.

3.3 Kategorisierungen des Engagements in der Fluchtforschung

Die Verortung *des Politischen* im Engagement für Geflüchtete – zwischen Nothilfe und langfristigen Lösungen – ist aufgrund seiner neuen Heterogenität bei gewachsener politischer Relevanz ambivalent. Der Frage, ob eine Gruppe oder eine Person, »politisch« agieren oder ob sie »nur helfen« wollen wurde in der neueren Fluchtforschung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurde davon ausgegangen, dass »politisch« und »nur helfen« ein Unterschied ist.

Der Befund meines empirischen Materials sagt nun – über die Feststellung der Heterogenität hinausgehend – dass Freiwillige sich aus den unterschiedlichsten Gründen als »politisch« verorten, bzw. politisch aktiv werden – oder auch nicht. Dabei spielen auch temporale Aspekte wie Kurzfristigkeit (Dringlichkeit) oder Langfristigkeit (Beständigkeit) der Aktionen eine Rolle für die Selbstzuschreibungen der Akteur*innen. Dies können, wie ich gezeigt habe, auch taktische Strategien sein, um Netzwerke offen zu halten oder Ressourcen zu sparen. Auf der individuellen Ebene der Freiwilligen bedeutet diese unterschiedliche Ausprägung des Engagements auch eine Positionierung innerhalb der Assemblage, eine Positionierung gegenüber anderen Elementen, wie anderen Gruppen oder politischen Akteur*innen oder Policies. Sich selbst als »politisch« oder »apolitisch« zu bezeichnen, kann demnach bedeuten, eigene Ressourcen gezielt einzusetzen oder persönliche Interessen und Fähigkeiten einzubringen, das heißt sie *produktiv* zu machen (vgl. DeLanda 2006: 10; vgl. ebd. 2016: 12). Sich als »politisch« oder »apolitisch« zu begreifen ist also nichts, was faktisch belegbar ist, es ist keine Eigenschaft, sondern eine *Kapazität* von Elementen der Assemblagen, womit hier die Freiwilligen in ihren Handlungen gemeint sind (vgl. ebd. 2006: 10; vgl. ebd. 2016: 12). Folglich können »politisch« und »apolitisch« als Kodierungen angesehen werden, die einem bestimmten Zwecke dienen, nämlich politische Felder und Zugehörigkeiten zu markieren und Grenzen zu ziehen (vgl. »territorialisation« bei DeLanda 2006: 13; vgl. ebd. 2016: 22). Dabei wurde die Widersprüchlichkeit der Abtrennung von als sozial oder humanitär markiertem Handeln von politischen Feldern deutlich sichtbar. Speth und Becker (2016: 37f.) verdeutlichen, dass bestehende Diskussionen um das »Verhältnis der sozialen und politischen Seite der Bürgergesellschaft« in der Geflüchtetenhilfe einen Kristallisationsort gefunden haben.

Ich sehe die Unterteilung der Handlungen von Freiwilligen in ›politisch‹ oder ›apolitisch‹ als einen Versuch an, diese zu kodieren und zu kategorisieren, wodurch sie einem bestimmten Feld zugeordnet werden sollen. Die evaluierte Heterogenität des Engagements hingegen macht deutlich, dass unabhängig von dieser konstruierten Dichotomie in der Praxis ganz unterschiedliche Anknüpfungspunkte des Engagements genutzt werden. Daher hinterfrage ich in diesem letzten Teil des Kapitels die Kodierung des Engagements als ›apolitisch‹. Ich diskutiere die fehlende Selbstzuschreibung politischer Handlungen nicht als tatsächlich ›apolitische‹ Handlungen, sondern als sichtbares Zeichen einer fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung gegenüber der politischen Bedeutung des Engagements. Im Folgenden möchte ich dies entlang der als gegensätzlich konstruierten und dennoch gleichzeitig stattfindenden Prozesse der »Entpolitisierung« sowie der »Politisierung« des Engagements darstellen.

3.3.1 Entpolitisierung des Engagements?

Insbesondere die Formen des Engagements, die durch eine Kurzfristigkeit, Spontaneität und Nothilfe charakterisiert waren, wurden als Hinweise interpretiert, dass das Engagement für Geflüchtete sich entpolitisiere, das heißt, weniger mit politischen Zielsetzungen und Forderungen verknüpft sei. Für entpolitisierendes Handeln im Forschungszeitraum sprechen dabei Beobachtungen, dass Freiwillige »nur helfen« wollen (vgl. Steinhilper und Fleischmann 2016: 60ff.) sowie Umfragen, laut derer Engagierte kein Interesse an politischen Handlungen äußerten. Als Beleg dafür gelten zum Beispiel Aussagen der Freiwilligen über Fragen nach Bleiberechtsregelungen und der Asylpolitik der Bundesregierung, die in solchen Umfragen erfasst wurden (vgl. Karakayali und Kleist 2016: 33). Dieses Vorgehen sehe ich aus zweierlei Gründen kritisch, die ich kurz benenne und dann genauer darauf eingehen: Erstens ist zu hinterfragen, inwieweit politische Motivationen abgefragt werden können und welche Bedeutung die Benennung als solches hat. Zweitens ist im Forschungszeitraum durch die Dringlichkeit ein großer Bedarf an »direct action« (Calhoun 2013: 52) entstanden, was klassischerweise die Grundlage humanitärer Handlungen ist. »Nur helfen« war nicht *nur* helfen, sondern erheblich für die Versorgung von Geflüchteten, wie ich anhand des freiwilligen Engagements in der Ernst-Grube-Halle aufgezeigt habe (vgl. Kapitel 2).

Zunächst zum ersten Punkt: Als Beispiel betrachte ich eine Studie von Cornelia Bauer (2018). Die auf sechs Interviews begrenzte qualitative Studie im Ruhrgebiet zeigt die Grenzen individueller Einschätzungen in Bezug auf die Selbstzuschreibungen freiwilligen Engagements auf. Bauer fand heraus, dass die Eigenbeschreibung des Engagements und der Abgleich mit der Definition politischer Partizipation von Max Kaase nicht unbedingt in jedem Fall zusammenpassen, da die befragten Freiwilligen zum Beispiel ihr Handeln auch dann als politisch ein-

schätzten, wenn es das laut angewendeter Definition nicht ist (Bauer 2018: 117ff.). Wie Bauer betont (ebd.: 113) ist es durch qualitative Forschung möglich, aufzuzeigen, dass für die Engagierten selbst Mischformen von sozialem und politischem Engagement denk- und machbar sind. Dies bestätigen auch meine empirischen Befunde. Die quantitative Abfrage von Motiven kann durch deren Mischformen und Wandelbarkeit keine definitorische Grundlage für die Beurteilung politischer Partizipation sein, da das Politische selbst darin wohl sehr verschieden interpretiert werden würde. Freiwillige agieren, so stellen auch Larissa Fleischmann und Elias Steinhilper fest, durchaus »politisch, ohne es zu wollen oder werden politisch, ohne es zu merken« (2016: 70).

»Die Einordnung des [individuellen] Engagements ist also stark von den angewandten Definitionen von sozialem und politischem Engagement, der Motivation und dem Konfliktbezug abhängig. Die Geflüchtetenhilfe kann als Beispiel für die Grenzen der analytischen Zweiteilung dienen.« (Bauer 2018: 120)

Bauers Forschung reiht sich ein in die in der neueren Flüchtlingsforschung unumstrittene Feststellung, dass sich Freiwillige *durch* die Hilfe für Geflüchtete politisiert haben (vgl. Karakayali 2017; vgl. Ataç 2017; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016; vgl. Schiffauer 2017; vgl. Kapitel 3.3.2). Ihre Analysen bestätigen meine These, dass »politisch« oder »apolitisch« Kodierungen sind, die explizit oder implizit verwendet werden können oder auch nicht.

Als zweiten Punkt möchte ich die Bedeutung von »apolitischen« Handlungen im zeitlichen Kontext des Analysezeitraumes betrachten. Die Begriffe »humanitär« und »karitativ« wurden zum Beispiel als »humanitär-karitatives Dispositiv« als Anzeiger für »apolitische« Handlungen gedeutet, die im Kontext der politischen Relevanz dieses Feldes kritisch hinterfragt wurden (vgl. Steinhilper und Fleischmann 2016: 62). Dabei gibt es einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu klassischem humanitärem und karitativem Handeln, die für das Verständnis des Engagements in Deutschland 2015/2016 erkenntnisreich sein können, so sie denn differenziert übertragen werden. Als erstes ist zu unterscheiden, dass sich humanitäre Handlungen auf das Leid in der Ferne beziehen (vgl. Calhoun 2013: 33). Humanitäre Hilfe bezieht sich meist auf Fremde. Die Grenzen der Übertragbarkeit habe ich in Kapitel 3.2.5 deutlich gemacht. Hier beziehe ich mich auf einen im Feld der humanitären Hilfe beschriebenen Diskurs über die Neutralität der Handlungen. Was Calhoun über karitative Arbeit schreibt, ist gerade ein zentraler innerer Konflikt zahlreicher Freiwilliger: »Charity is typically seen as a moral way to relate to people who suffer, but not necessarily as a way to end suffering« (2013: 35). An der Frage der politischen Neutralität – also ob man nur helfen will oder die Grundsituation verändern möchte – entzweiten sich dann »humanitarian action« und »human rights activism« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (ebd.: 37). In diesem Spannungsfeld bewegen sich alle Engagierten: Zu entscheiden, welchen Stellenwert die

direkte Hilfe und welcher die Arbeit an der Grundsituation hat. Dabei kann Teil der Entscheidung sein, sich auf die Soforthilfe zu konzentrieren, weil man die Situation der Geflüchteten im Jetzt als veränderbar hält und nicht die Grundsituation (vgl. die Ausführungen meiner Interviewpartnerin Anne, Kapitel 3.2.4). Dass dies auch ›politisch‹ sein kann, wird deutlich, wenn man einen weiteren Ursprungsgedanken religiöser karitativer Arbeit betrachtet: »Witnessing« (Calhoun 2013: 36), das Bezeugen des Leids durch seine Anwesenheit. »This meant being in solidarity with those who suffered, even when their suffering could not be ended [...]. Witnessing also meant helping to make suffering manifest to the world.« (ebd.: 36) Dies wurde beispielsweise in den Bestrebungen des *Initiativkreis: Menschen.würdig* deutlich, der es als Teil seiner politischen Arbeit begreift, die Lebensumstände in den Gemeinschaftsunterkünften immer wieder publik zu machen. Auch für mein Engagement in der Gemeinschaftsunterkunft war »Witnessing« einer der Gründe, die dafürsprachen, das Engagement nicht aufzugeben.

Wie sowohl Larissa Fleischmann (2019: 65) als auch Jens Adam (2018: 306) betonen, gibt es diese Differenz zwischen humanitärer Hilfe und Politik in der Praxis gar nicht, weswegen das Phänomen der ›apolitischen‹ Selbstbeschreibung ihrer Meinung nach besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Ein Humanitarismus, der störungsfrei von politischen und kulturellen Einflüssen des jeweiligen Ortes ist (vgl. Adam 2018: 311), existiert nicht. Adam beschreibt, dass »etwa seit den 1970er Jahren« humanitäre Einsatzfelder »an politischer Relevanz gewonnen« (ebd.: 312) haben. Fassin und Pandolfi zeigten auf, wie auch militärische Interventionen zunehmend als Beantwortung humanitärer Notfälle gerechtfertigt wurden (2013: 10). Adam stellt klar, dass »die Hoffnung auf eine ›apolitische Insel‹ (des Humanitarismus)« angesichts der politischen Eingebundenheit humanitären Handelns als »eine naive Illusion« erscheint (Adam 2018: 313). Er schlussfolgert außerdem, dass ein solches »politisch-moralisches Projekt der Sorge um das Leiden der ›Anderen‹ [...] (post)koloniale Asymmetrien [...] reproduziert« (Adam 2018: 313), das heißt, konstituierende Hierarchien darin nicht mehr hinterfragt würden. Das Problem, dass sowohl Adam als auch Fleischmann in dieser Kodierung ›apolitischer‹ Handlungen sehen, liegt in der Annahme begründet, dass sie so leichter durch Machtstrukturen instrumentalisiert werden können. Auch die Erzeugung eines »Krisendiskurses« sowie die Etablierung einer *Willkommenskultur* als diskursive Antwort der Gesellschaft darauf müssen als konstruiertes und konstruierende Kodierungen, bzw. Policies gelesen und hinterfragt werden (vgl. van Dyk und Misbach 2016: 209; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 63ff.).

So relevant die Betonung ist, dass es keine »apolitischen Inseln« gibt, so unklar bleibt in diesen Ausführungen jedoch die Urheberchaft dieses Anspruches auf ›apolitische‹ Handlungen. Ich lese aus den Analysen heraus, dass die Freiwilligen selbst ein ›apolitisches‹ Feld im Politischen durch ihre »naive Illusion« (Adam 2018: 313) des Helfens außerhalb einer politischen Sphäre reproduzierten, wohin-

gegen es diese Differenzierung gar nicht gebe. Mein Argument ist jedoch, dass es zwar diese Grenzziehung politischer Felder in der Praxis nicht gibt, weswegen die Handlungen nicht losgelöst davon analysiert werden können, dass es hingegen aber die Kodierungen ›politisch‹ und ›apolitisch‹ gibt, welche innerhalb der Assemblage als Grenzziehungsprozesse fungieren: Einerseits für Engagierte um sich mit anderen Gruppen im Feld die Einsatzgebiete zu teilen, andererseits aber auch, um die Handlungen der Freiwilligen diskursiv in bestimmte ›politische‹ oder ›apolitische‹ Sphären zu verorten. Die bedeutsame Frage der Machtstrukturen ist also über die Suche nach dem Politischen zu erreichen, aber nicht, indem Handlungen von Freiwilligen als bewusst ›apolitisch‹ im Sinne naiver Akteur*innen, die damit zum Spielball gouvernementaler Strukturen werden, interpretiert werden. Vielmehr sollte hinterfragt werden, an welchen Stellen die Handlungen als ›apolitisch‹ kodiert werden oder warum keine ›politische‹ Kodierung erfolgt. Aus dieser Perspektive kann die Verneinung ›politischen‹ Handelns auch als ein *antrainiertes Understatement* verstanden werden. Mein Vorschlag, die Bezeichnung »politische Partizipation« für das Engagement zu verwenden, ist ein bewusstes, narratives Gegenwirken: Indem die politische Bedeutung und die Komplexität der Handlungen, auch der Soforthilfe, betont werden, wird die Gefahr, unbewusst Machtstrukturen zu reproduzieren, vermindert. Die Handlungen der Freiwilligen werden so als heterogene Antworten der Hilfe bewusst als ›politisch‹ kodiert und damit als Teil politischer Felder und Assemblagen anerkannt, inkludiert und legitimiert. Es gilt also, ein größeres Bewusstsein für die Relevanz des Engagements zu schaffen, um einer Instrumentalisierung vorzubeugen. Die »Gefahr einer dauerhaften Übernahme staatlicher Aufgaben durch die neu entstandenen Engagementstrukturen« (Fleischmann und Steinhilper 2016: 67) war insbesondere in frühen Studien der neueren Fluchtforschung eine formulierte Befürchtung mit dem wertvollen Hinweis, dass diese Entwicklungen weiter zu beobachten seien. Diese Gefahr wurde aber auch von den Freiwilligen selbst kritisch geäußert und stellte einen zentralen Punkt der Politisierung des Engagements dar, wie ich im Folgenden darstelle.

3.3.2 Politisierung des Engagements?

Der Befund der Politisierung des Engagements bezieht sich auf das *Werden*, auf die Biografie des Engagements, auf Freiwillige also, die zu Beginn ›nur helfen‹ wollen, nach dieser Erfahrung jedoch beginnen, sich formell politisch zu engagieren, weil ihnen die praktischen Erfahrungen mit behördlichen oder asylpolitischen Policies erst durch ihr Engagement deutlich werden (vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 68; vgl. Vey 2018: 81; vgl. Bauer 2018). Diese Spannung zwischen ›entpolitisiertem‹ Handeln und einer Politisierung der Handelnden erscheint zunächst widersprüchlich. Mehrere Beiträge der Fluchtforschung beschäftigen sich damit, diese Ambivalenzen zu erklären (vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016; vgl. van Dyk und

Misbach 2016; vgl. Schiffauer 2017; vgl. Karakayali 2017; vgl. Sutter 2017; vgl. Adam 2018; vgl. Fleischmann 2019).

Der Soziologe Serhat Karakayali löst diese Spannung, in dem er nicht von einer sozialen oder politischen Bewegung, sondern von einer »breite Bevölkerungsschichten umfassenden zivilgesellschaftlichen Bewegung« in Deutschland spricht, deren Strategie er als »Infra-Politik«¹⁵ bezeichnet (2017: 23). Diese formiere sich einerseits in der Gegenbewegung zu rassistischen Mobilisierungen, andererseits in einer Kritik der Verwaltungssysteme, deren lückenhafte Aufgabenbewältigung die Freiwilligen kompensieren. Diese sei nicht homogen, es gebe Reibungen und Konflikte und Widersprüche, aber durch die teils bewusste Ausblendung von politischen Bezügen gebe es die Möglichkeit inhaltlich beieinander zu bleiben (vgl. ebd.: 23). Diese Bewegung schaffe es, »sich *unterhalb* eines als politisch kodierten Raums zu bewegen bzw. sich zu politischen Kritiken und Einordnungen zu entziehen« (ebd.: 23, Hervorhebung im Original). Mehr Menschen können an dieser Protestbewegung teilnehmen, weil nach Karakayali die Stimmung von *Willkommenskultur* einen Raum öffnete, der unter seinem Deckmantel die »Mehrfachcodierung« (ebd.: 22) von bestimmten Handlungen zuließ. Mein Argument ist hingegen, das heterogene Engagement nicht »*unterhalb*« des Politischen zu verorten, sondern vielmehr im Sinne Johanna Rolshovens Forderung, das »Politische als fundamentale Dimension des Gesellschaftlichen« (2018: 16) zu begreifen, in der Kuchenbacken fürs Internationale Kirchencafé ebenso Teil dieser gesellschaftspolitischen Handlungen ist, weil es die *sorting-processes* der Integrationspolicies neu interpretiert und herausfordert.

Werner Schiffauer hingegen spricht von einer »Bürgerbewegung« (2017). »Ihr politischer Kern besteht darin, dass sich hier das politische Gemeinwesen zunächst auf lokaler Ebene neu formiert.« (Schiffauer 2017: 15) Schiffauer stellt dar, dass für ihn Bürgerschaft auch dadurch entsteht, dass »Bürger_innen sich in bürgerschaftlichen Handlungen selbst hervorbringen. In und durch diese Forderungen nach Rechten erhebe man Anspruch auf Bürgerschaft« (ebd.: 15). Wenn diese Forderungen gehört werden, so komme es »zu einer Neuordnung des politischen Raums. Das Recht auf Rechte wird dann auch denjenigen zugestanden, die vorher unsichtbar geblieben sind.« (ebd.: 15) Er sieht im Handeln der ehrenamtlichen Bewegung eine kreative Kritik der Flüchtlingspolitik, welche »auf der überregionalen und nationalen Ebene aber viel zu wenig artikuliert [wird]. Deshalb ist es auf lange Sicht notwendig, dass die Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil entwickelt und dieses selbstbewusst vertritt.« (ebd.: 28)

15 »Man könnte von einer zivilgesellschaftlichen ›Infrapolitik‹ sprechen, nicht nur, weil sie Infrastrukturen der Versorgung errichtet, sondern weil dieser Schwerpunkt es den Akteuren erlaubt, sich unterhalb eines als politisch kodierten sozialen Raums zu bewegen bzw. sich politischen Kritiken und Einordnungen zu entziehen« (Karakayali 2017: 23).

Meine Beobachtungen in Leipzig bestätigen die Kreativität der Kritik an der Flüchtlingspolitik und die Fülle an Strategien, mit denen nach Handlungsmöglichkeiten gesucht wurde. Gleichzeitig erscheint es mir nicht als selbstformuliertes Ziel, dass diese »Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil« entwickeln müsse. Vielmehr deuten die Beobachtungen in meinem Forschungsfeld darauf hin, dass es auch für die Involvierten selbst schwierig ist, die verschiedenen Formen des Engagements als eine Bewegung ideell zusammenzufassen und der Heterogenität ein Profil zu geben. Die unterschiedlichen Überzeugungen und Motivationen der Gruppen und Einzelpersonen stehen meinen Erkenntnissen nach selbst einer lokalen Zusammenarbeit untereinander, sowie teilweise auch mit städtischen Strukturen, im Weg. Warum aber sollte eine solche Heterogenität der Bewegung *ohne* »eigenes Selbstverständnis und Profil« für die Formulierung einer Kritik an der Flüchtlingspolitik hinderlich sein? Meines Erachtens ist das Potenzial politischer Kritikfähigkeit gerade *durch* die Bandbreite der Präsenzmöglichkeiten so facettenreich und flexibel in seiner praktischen Uminterpretation geltender Integrationspolicies.

In den besprochenen Studien von Karakayali und Schiffauer, so erscheint es mir, werden Heterogenität und die als »apolitisch« bezeichneten Handlungsformen als eine Art Störfaktor behandelt, welcher durch geschicktes Umdefinieren *des Politischen* umgangen, aber nicht integriert wird. Sowohl das »Selbstverständnis«, das die Freiwilligen laut Schiffauer als Bewegung noch entwickeln müssten, als auch die Anerkennung der Freiwilligen als Agierende einer gestaltenden »Infra-Politik« im Sinne Karakayalis verdeutlichen aber genau diese fehlende »politisch« kodierte Bedeutung des Engagements. Die Schwierigkeit, sogenannte »apolitische« Handlungen in ein »politisches« Feld zu integrieren entsteht durch die Kodierung, die die Handlung an das entsprechende Motiv knüpft und politische Handlungen nur in formellen Formen und in formellen Räumen als solche versteht. Die Handlungen stehen damit in einem Widerspruch zu immer noch bestehenden Vorstellungen von Ehrenamt und politischer Partizipation. Dabei sind politische Handlungen in der Praxis ambivalent und informell. Werden diese als »apolitisch« kodiert können sie übersehen werden. Sie müssen gar nicht gleichförmig, homogen, zielgerichtet und starr sein. Die Zuschreibung »apolitisch« jedoch vermittelt eine Starrheit und Unbeweglichkeit im Sinne einer zugeschriebenen Eigenschaft. »Apolitisch« kann aber auch eine produzierte Kapazität sein, die als Strategie oder als Legitimierungsdiskurs von Zugehörigkeiten wirksam sein kann.

3.4 Zwischenfazit: Politische Partizipation als Ausdruck des Politischen

Als Schlussfolgerung all dieser Beobachtungen und Überlegungen schlage ich eine Ausweitung des Begriffes der politischen Partizipation vor, sodass dieser Begriff – analog zur Öffnung politischer Räume – die sich ausweitenden Handlungspraxen umfassen kann. Dabei ist wesentlich zu betonen, dass Gegenentwürfe zu gouvernementalen Strukturen nicht zwangsläufig von den Akteur*innen selbst als ›politisch‹ eingeordnet werden müssen, um dennoch in politischen Feldern wirkmächtig zu sein (vgl. Abélès 2006; vgl. Rolshoven 2017). Ich habe dargestellt, dass Menschen in politischen Feldern agieren, ohne dass die Handlung selbst deziert eine politische Absicht beinhaltet. Diese Definitionsschwäche in Bezug auf die politische Motivation ist ohnehin schon ein schwieriger Punkt, den auch Max Kaase selbst darstellt. Ich schlage also vor, den Passus seiner Definition, der beschreibt, dass politische Partizipationsformen »das Ziel haben, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen« (Kaase 2000: 473) aufgrund von empirischen Beleg Schwierigkeiten in meinem Feld zu vernachlässigen. Dieser Passus suggeriert, dass politisches Engagement schon da ist oder nicht. Es lässt keinen Raum für Entwicklung, was insbesondere der Dynamik im Forschungszeitraum widerspricht. Die Person, die heute einen Kuchen bäckt, kann in der nächsten Woche schon eine Petition unterzeichnen, weil sie beim Kuchen essen von der Situation geduldeten Menschen in Deutschland erfahren hat. Letztendlich hat der Kuchen sie dahin gebracht, weil er ihr erster Schritt war. Dies verdeutlicht die Flüchtigkeit des ›politischen‹ und als ›politisch‹ kodierter Handlungen. Auf einer analytischen Ebene habe ich daher ›politisch‹ und ›apolitisch‹ nicht als fixe Eigenschaften betrachtet, sondern als *Kapazitäten*, die bewusst oder unbewusst innerhalb sozialer Interaktionen *produziert* werden können (vgl. DeLanda 2016: 12). Die (Selbst)-Bezeichnung findet innerhalb eines kategorisierten Raumes (Assemblagen) statt, in dem Zugehörigkeiten durch solche Kodierungen definiert werden. Ich habe einerseits gezeigt, dass die Handlungen zu dem asylpolitischen Raum gehören, auch wenn dies nicht offiziell so benannt wurde. Andererseits wurde deutlich – und hier führe ich die Ergebnisse aus Kapitel 2 fort – dass auch dieser Raum nicht als ein abgeschlossener ›politischer‹ Raum gedacht, sondern dass das »Politische als fundamentale Dimension des Gesellschaftlichen« (Rolshoven 2018: 16) verstanden werden muss, um Kategorisierungen in ›politisch‹ und ›apolitisch‹ praktisch zu entleeren.

In der *Anfangsphase* von Sommer 2015 bis etwa Frühjahr 2016 bestanden die Aufgaben der Freiwilligen zunächst eher in der Notversorgung und der Unterstützung staatlicher Strukturen an den Stellen, wo ein Mangel aufgetreten war (vgl. Speth und Becker 2016: 11f.). Dabei übernahmen Freiwillige »in vielen Fällen Aufgaben, die eigentlich unter die (sozialstaatliche) Regelversorgung fallen (sollten)« (Vey und Sauer 2016: 2) (vgl. Kapitel 5). Die Ausführungen dieses Kapitels haben

aufgezeigt, dass die besondere Notsituation gerade in der *Anfangsphase* die Bedeutung individueller Anknüpfungspunkte zum Engagement intensiviert hat. Die Menschen engagierten sich entsprechend ihrer individuellen Ressourcen und Interessen in der Nachbarschaft, in der Kirchgemeinde, mit Freunden oder mit der Gruppe, mit der sie seit jeher aktiv oder befreundet waren. Die konkreten Handlungen, die sie dafür als sinnvoll erachteten, fanden insbesondere zu Beginn der Engagement-Welle eher in kurzfristigen und spontanen Hilfsangeboten Ausdruck. Um auf diese Weise Hilfe leisten zu können, engagierten sie sich anders als zuvor. Den Kontaktpersonen erschienen andere Strategien als sonst dringender. Sie wollten Geflüchteten auch »konkret« helfen und dies war ihres Erachtens nicht durch die Teilnahme an Demos, Wahlen oder durch stadtteilpolitische Arbeit möglich. Das Handeln der Freiwilligen betrachte ich als das, was sie für praktisch möglich hielten auszurichten. Das sagt zum einen etwas darüber aus, wie sie ihr eigenes Handlungspotenzial einschätzten, politische Veränderungen herbeizuführen. Zum anderen sagt es etwas darüber aus, in welcher Form die asylpolitische Assemblage durch ihre Akteur*innen mit Strategien, Netzwerken und Wissen angereichert wurde. Gerade in dieser Situation, in der es wenige und schlecht funktionierende formalisierte Zugangsmöglichkeiten in ein freiwilliges Engagement gab, gewinnen die individuellen Strategien an Bedeutung – einerseits als Gestalter der asylpolitischen Assemblage, andererseits für die Analyse als sichtbare Fenster. Dies macht deutlich, dass das Einspringen in strukturelle Lücken nicht bedeutete, vorgegebene Rollen zu erfüllen, sondern dass Freiwillige aktiv gestaltend waren und dass sie ihre Einsatzfelder mitgestaltet haben. Dieses Mitgestalten besteht aber, so mein Argument, nicht nur darin, bewusst Einfluss auf politische Entscheidungen und Prozesse zu nehmen, sondern darin, seine eigenen Netzwerke mit der Geflüchtetenhilfe zu verbinden und seine Fähigkeiten, Expertise, Ideen, Wünsche, Hoffnungen, Träume, Kontakte und Vorstellungen in die Vielschichtigkeit und Heterogenität asylpolitischer Formationen einzubringen. Dies zeigt, dass auch nicht dezidiert politische Handlungen politisch relevant waren.

Wenngleich in neueren Forschungen längst darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Menschen sich zunehmend durch informellere Partizipationsformen politisch beteiligen, so scheint bisher das Handeln der Freiwilligen in der Geflüchtetenhilfe nicht damit in Verbindung gebracht worden zu sein. Engagement und Partizipation voneinander zu trennen, bedeutet, eine Trennung von vermeintlich »apolitischem« und »politischen« Handeln zu reproduzieren und somit auch den Einflussbereich des Engagements als »apolitisch« zu kodieren. Für die diskursive Positionierung des freiwilligen Engagements in gesellschaftlichen und politischen Strukturen habe ich daher eine Erweiterung traditioneller Vorstellungen des *Ehrenamts* einerseits und eine Ausweitung politischer Handlungsräume andererseits zugrunde gelegt. Der traditionelle Begriff des Ehrenamts erscheint nicht nur den meisten Personen in der Geflüchtetenhilfe unpassend, seine »apolitische« Konno-

tation und die Definition der selbstlosen, dauerhaft verpflichtenden Übernahme einer klar strukturierten Aufgabe (vgl. Karakayali 2018: 5) erscheint in der vorliegenden Situation auch nicht angemessen.

Die dennoch andauernde Kategorisierung in ›politisch‹ und ›apolitisch‹ deutete ich als Versuch, Zugehörigkeiten zu politischen Feldern zu definieren und damit auch die Grenzen der Partizipation innerhalb gouvernementaler Strukturen und Handlungen zu markieren. Im Folgenden verfolge ich diesen Gedanken weiter, in dem ich auf die Institutionalisierungsformen des Engagements innerhalb staatlicher Institutionen und Diskurse blicke.